

Stand: 09.02.2026 18:15:49

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13591

"Haushaltsplan 2017/2018; hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Abbau von Gewalt) (Kap. 10 07 Tit. 684 82)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/13591 vom 18.10.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14640 des HA vom 25.10.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 92 vom 15.12.2016 (EPL 10)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer, Peter Winter, Joachim Unterländer, Wolfgang Fackler, Martin Bachhuber, Petra Dettenhöfer, Judith Gerlach, Hans Herold, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Harald Kühn, Martin Neumeyer, Dr. Hans Reichhart, Heinrich Rudrof, Reserl Sem, Klaus Stöttner, Steffen Vogel, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU**

**Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche
Einrichtungen (Abbau von Gewalt)
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 wird folgende Änderung vorgenommen:

Bei Kap. 10 07 Tit. 684 82 wird der Ansatz für das Jahr 2017 um 200,0 Tsd. Euro von 2.451,1 Tsd. Euro auf 2.651,1 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 03 Tit. 893 06.

Begründung:

Die Bedarfsermittlungsstudie des Instituts für empirische Soziologie an der Universität Erlangen-Nürnberg (IfeS) zum Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen und Kinder in Bayern, die das Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (StMAS) im April 2016 veröffentlicht hat, enthält zahlreiche Handlungsempfehlungen. Das Unterstützungssystem für gewaltbetroffene Frauen und Kinder wird – als Teil der Daseinsvorsorge – in allererster Linie durch die Landkreise und kreisfreien Städte geplant und bereitgestellt. Zur Umsetzung des Beschlusses in Drs. 17/11291 hat das StMAS eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden das Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen und Kinder in Bayern zu überprüfen und ein Gesamtkonzept zu entwickeln. Um ein deutliches Signal zu setzen, dass der Freistaat Bayern nicht nur die Kommunen in der Pflicht sieht, sondern auch für ihn die Verbesserung des Gewaltschutzes ein wichtiges Politikziel ist, sind die Mittel für die Beratung misshandelter Frauen und ihrer Kinder in Frauenhäusern bereits vorliegen des Gesamtkonzepts aufzustocken.

Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14640 des HA vom 25.10.2016

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Wolfgang Fackler

Abg. Günther Knoblauch

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Kerstin Celina

Abg. Joachim Unterländer

Abg. Ruth Müller

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Christine Kamm

Abg. Doris Rauscher

Staatsministerin Emilia Müller

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Verena Osgyan

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion

(Drsn. 17/13591 und 17/14654)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

(Drsn. 17/13425 mit 17/13456)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

(Drsn. 17/13565 mit 17/13588)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drs. 17/13502 mit 17/13516)

In die Beratung mit einbezogen wird der vorgenannte, zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/14654 betreffend "Erstattungen an die Bezirke für Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer junger Volljähriger".

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von 2 Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 29 Minuten, auf die SPD-Fraktion 23 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN jeweils 19,5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 29 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass zu den Änderungsanträgen auf den Drucksachen 17/13428, 17/13445, 17/13503 und 17/13576 bereits namentliche Abstimmung und zum Änderungsantrag auf Drucksache 17/13512 einfache Abstimmung beantragt wurde.

Nun eröffne ich die Aussprache. Erster Redner ist Kollege Fackler.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Staatsministerin, werte Kolleginnen und Kollegen! Seit dem Jahr 2013 bin ich für die CSU-Fraktion für den Sozialetat zuständig und habe miterlebt, welche Steigerung in den vergangenen Jahren zu verzeichnen war. Ich glaube, kein Einzelplan hat eine derart rasante Entwicklung vorzuweisen wie der Sozialetat.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das sagen Sie bei jedem Etat!)

Hatten wir im Jahr 2013 – hören Sie zu! – 3,9 Milliarden Euro Gesamtvolumen, waren es 2014 erstmals 4,1 Milliarden Euro, 2015 4,4 Milliarden Euro, und im Jahr 2016 gab es eine 50-prozentige Steigerung auf fast 7 Milliarden Euro. Ein Bundesland kann eine solche Steigerung aber nur verkraften, wenn die finanziellen Voraussetzungen gegeben sind. Für den Freistaat Bayern sind diese Voraussetzungen gegeben, weil er seit vielen Jahren eine solide Haushaltspolitik betreibt.

(Beifall bei der CSU)

Der Freistaat konnte die Kostenexplosion im Sozialbudget nur deshalb auffangen, weil er aus den Rücklagen entnehmen konnte. Dafür muss man aber überhaupt erst einmal Rücklagen haben. Diese sind das Ergebnis jahrelanger solider Haushaltspolitik mit Maß und Ziel, obwohl Sie von der Opposition uns dafür immer wieder kritisiert und selten bis nie Einsparvorschläge gemacht haben.

(Zuruf von der CSU: Hört! Hört!)

Der Freistaat hat diese Kostenexplosion aufgefangen, ohne bei der einheimischen Bevölkerung zu sparen.

(Beifall bei der CSU)

Die Interessen der einheimischen Bevölkerung wurden bewusst nicht gegen die Interessen der ankommenden Flüchtlinge ausgespielt. Auch das muss an dieser Stelle erwähnt und betont werden, weil dies Ausdruck von Weitsicht und Rücksichtnahme ist.

(Beifall bei der CSU)

Trotzdem oder gerade deswegen bin ich sehr froh, dass ich heute über einen Sozialhaushalt berichten darf, der in seiner Gesamthöhe wieder einen Rückgang aufweist. Wahrscheinlich bin ich der einzige Berichterstatter, der sich über einen Rückgang des Haushaltsvolumens in seiner Zuständigkeit nicht beklagt.

Die Herausforderungen werden aber nicht weniger. Der Sozialhaushalt 2017/2018 umfasst für 2017 rund 6,3 Milliarden Euro und für 2018 rund 6,2 Milliarden Euro. Das heißt, die Gesamtausgaben sind rückläufig. Damit ist auch die Schwerpunktsetzung klar: Es gibt weniger Geld für die Aufgabe Asyl und mehr Geld für die einheimische Bevölkerung und die übrigen Bereiche. Damit erhalten Familien, Menschen mit Handicap, ältere Menschen, der Jugendbereich und auch das Ehrenamt mehr Geld.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Jawohl!)

Die Ausgaben für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern sinken von 2,6 Milliarden Euro im Jahr 2016 auf 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2017 bzw. auf 1,2 Milliarden Euro im Jahr 2018. Die Hauptgründe dafür sind die sinkende Zahl ankommender Flüchtlinge sowie Einsparungen bei der Unterbringung, da kostengünstigere Möglichkeiten genutzt werden können. Jetzt komme ich zu einem Punkt, den auch unser Finanzminister gerade eben erwähnt hat. Der Freistaat unterstützt seine Kommunen kraftvoll beim Thema unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und bei den jungen volljährigen Flüchtlingen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

– Jetzt passen Sie mal auf Herr Kollege: Der Freistaat Bayern leistet für Minderjährige im Jahr 2016 632 Millionen Euro, im Jahr 2017 364 Millionen Euro, im Jahr 2018

351 Millionen Euro. Das sind fast 1,4 Milliarden Euro an freiwilligen Leistungen. Herr Kollege, passen Sie auf: Durch eine weitere Initiative aufgrund des Spitzengesprächs der Staatsregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden kommen nochmal 112 Millionen Euro obendrauf. Für die volljährige Flüchtlinge bedeutet dies 1,5 Milliarden Euro an freiwilligen Leistungen für den Bereich der Jugendhilfe. Das ist eine stolze Hausnummer.

(Beifall bei der CSU)

Das alles ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass der Bund das Gesetz unter anderen Vorzeichen gemacht hat. Damals war die Flüchtlingskrise nicht absehbar. Es war nicht absehbar, dass die Kommunen über die Jugendhilfe entscheiden und Bayern somit wenig bis gar keine Einflussmöglichkeit hat. Bayern begleicht also lediglich die Rechnung, während andere bestellt haben. Das ist aus meiner Sicht ein bemerkenswertes Engagement des Freistaats und eine gewaltige Entlastung der Bezirke und Landkreise. Ich hoffe, dass sie diese Entlastung in Form einer Senkung von Bezirks- und Kreisumlagen an die kommunale Familie weitergeben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER) – Hans He rold (CSU): Ganz gut, Herr Fahn!)

An dieser Stelle möchte ich unserem Ministerpräsidenten und allen beteiligten Ministern für die pragmatische Lösung und die schnelle Unterstützung danken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Sozialat war das Jahr 2016 sicherlich unter den beiden Schlagworten "Dynamik und Dramatik" einzuordnen. Gemeint ist damit selbstverständlich die Flüchtlingskrise. Keiner der hier Anwesenden wird hoffentlich bestreiten, dass es sich bei der Ankunft von damals 5.000 bis 10.000 Flüchtlingen pro Tag um eine Krise handelte. Unser Land war damals gezwungen, in den Krisenmodus zu schalten und eine Katastrophe zu verhindern. Eine Krise kann man aber nicht durch belehrende Beiträge oder moralisch überhöhte Diskussionen lösen, sondern einzig und allein durch beherztes Eingreifen, Handeln und Zusammenhalt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Genau!)

Gerade das hat der Freistaat Bayern mit seinen verschiedensten Institutionen getan. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, rückblickend sollten auch Sie anerkennen, was hier geleistet wurde. Sie sollen das große Ganze mit Blick auf das staatliche Engagement sehen und würdigen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Kein Beifall?)

Neben den Behörden gehören natürlich auch die vielen freiwilligen Helfer dazu. Eine schöne Geste des Dankes war der Empfang des Bayerischen Landtags und unserer Landtagspräsidentin Barbara Stamm. Er war ein schönes Zeichen dafür, dass man Krisen nur gemeinsam bewältigen kann, wenn alle Verantwortung übernehmen. Nur durch die Kooperation von Staat und Bürgerschaft kann diese Herausforderung bewältigt werden. Das haben diejenigen erkannt, die zum Empfang gekommen sind. Ich sage nochmals Dankeschön an alle, die sich in diesem Bereich engagieren und einbringen, egal ob sie nun am Empfang teilgenommen haben oder nicht.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte klarstellen: Diese Flüchtlingskrise kostet Geld und hat schon viel Geld gekostet. Sie ist nicht von uns in Bayern zu verantworten. Wir können im Endeffekt nur die Folgen abfedern. Wir wollen nicht, dass sich das wiederholt. Deshalb unterstütze ich wie viele meiner Kollegen die Forderung nach einer Obergrenze deutlich. Anders wird es nicht funktionieren.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme nun zu den weiteren Bereichen des Sozialstaats. Im Jahr 2017 werden sich die Gesamtausgaben ohne den Bereich Asyl um 150 Millionen Euro erhöhen. Im Jahr 2018 werden sie sich um rund 300 Millionen Euro erhöhen. Das ist sehr erfreulich. Das ist der Ausdruck dafür, dass wir viele Bereiche stärken.

Wir setzen wieder einmal einen Investitionsschwerpunkt bei der Familienpolitik. Wir stecken fast 5 Milliarden Euro in die Familienförderung. Das ist erneut ein Plus von 15 % gegenüber dem letzten Doppelhaushalt. Damit lässt sich sehr viel machen, beispielsweise eine Anpassung des Basiswertes und eine verbesserte Betriebskostenförderung. Nirgendwo wird mehr in die Kinderbetreuung investiert als in Bayern. Wir haben in Bayern die höchste Qualität und die höchste Intensität. Bayern kümmert sich um seine Kinder. Bayern ist sozial gerecht und familienfreundlich.

(Beifall bei der CSU)

Wir unterstützen unsere Familien auch durch das bayerische Betreuungsgeld. Das ist uns wichtig. Das ist auch nicht verhandelbar. Die Familien sollen selber entscheiden, was für sie und das Kind am besten ist. Die hohe Zahl von Anträgen spricht eine klare Sprache. Deswegen stellen wir das Geld mit großer Überzeugung zur Verfügung.

(Beifall bei der CSU)

Für das Landeserziehungsgeld werden 161 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Durch die damit verbundene Anhebung der Einkommensgrenzen kann jede zweite Familie davon profitieren. Wir kümmern uns auch um die Menschen mit Handicap. Hierfür stehen im Doppelhaushalt über 675 Millionen Euro bereit. Ab 2018 werden wir unsere Mitbürger mit einer hochgradigen Sehbehinderung durch ein Teilblindengeld unterstützen. Dieses schlägt sich mit 12 Millionen Euro nieder.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Ein Jahr zu spät!)

Wir geben auch viele freiwillige Leistungen. Hierzu zählen die Maßnahmen zur Prävention gegen Rechtsextremismus und gegen Salafismus. Diese neue Gefahr muss frühzeitig gebannt werden. Aus meiner Sicht ist der Ansatz bei der Jugendhilfe sehr erfreulich und nennenswert. Hier werden die Mittel bis zum Jahr 2018 auf 18,2 Millionen Euro erhöht. Damit können jedes Jahr 40 Stellen bei der JaS, der Jugendsozialarbeit an Schulen, geschaffen werden. Damit können wir bereits Ende 2018, ein Jahr

früher als erwartet, einen Vollausbau mit 1.000 Stellen erreichen. Auch das ist eine freiwillige Leistung. Bayern steht zu seinem Wort, handelt und setzt Beschlüsse schneller um als anvisiert. Auch das ist bemerkenswert.

(Beifall bei der CSU)

Sehr erfreulich ist auch die Erhöhung bei der Jugendarbeit. Die Mittel dafür wurden um weitere 2 Millionen Euro auf 29,5 Millionen Euro erhöht. Damit schaffen wir den nominell höchsten Betrag für die Jugendarbeit in der Geschichte des Freistaates Bayern. Das ist das höchste Niveau. Das ist fast schon Champions League. Andere Bundesländer warten noch auf die Qualifikation in der Europa League.

(Joachim Unterländer (CSU): Das ist schon Champions League!)

Wir tun auch etwas für die älteren Menschen. Hier ist eine erfreuliche Steigerung der Mittel um 3 Millionen Euro zu verzeichnen. Die Menschen werden immer älter. Es ist gut, dass wir eine verbesserte Unterstützung leisten, damit die älteren Menschen ihren Alltag meistern können.

Erfreulich ist auch der Bereich des Ehrenamtes, zumindest was die Anreize und die ideelle Belohnung betrifft. Die Beträge hierfür werden im Jahr 2018 sogar um 3,7 Millionen Euro erhöht. Auf diese Weise können wir die Ehrenamtskarte weiter ausbauen. Außerdem schaffen wir damit einen freien Eintritt in alle staatlichen Schlösser. Ich denke, der Schlossherr, Minister Dr. Markus Söder, wird sich darüber freuen. Er bekommt Geld von uns. Dabei handelt es sich um gut angelegtes Geld. Schließlich ist uns das Ehrenamt wichtig, weil es einen Beitrag zu einer intakten Bürgergesellschaft leistet, im Interesse Bayerns, im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger und für die zukünftige mentale Verfassung unseres Landes.

(Beifall bei der CSU)

Wir investieren auch viel in die Integration. Mit den Mitteln sind eine verstärkte Förderung der Migrationsberatung möglich und Maßnahmen zur beruflichen Integration. Für

das Jahr 2017 haben wir fast 900 Millionen Euro, auf alle Ressorts verteilt, und für 2018 fast eine Milliarde Euro für Integration zur Verfügung gestellt, damit die Integration gelingt. Das ist die eigentliche und riesige Herausforderung. Integration soll eine weitere Erfolgsgeschichte in Bayern werden.

Abschließend bleibt festzuhalten: Für die Bereiche Asyl, Integration, Familien, Menschen mit Behinderung und Frauen – der proaktive Beratungsansatz wird erhöht – schaffen wir sehr viel. Wir sind auch für die älteren Menschen da. Für das Ehrenamt wird etwas getan. An dieser Stelle richte ich einen Dank an die Frau Ministerin, den Staatssekretär und alle zuständigen Beamten für ihr stetes und umsichtiges Handeln in diesem sensiblen Bereich.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Sozialhaushalt ist erneut eine sehr gute Grundlage für ein soziales Bayern. Das gilt vor allem für die Familienpolitik, die einmalig ist. Bayern ist ein soziales Land und das Familienland Nummer eins in Deutschland. Selbstverständlich werden wir dem Haushalt zustimmen.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Was für eine Neuigkeit!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich den nächsten Redner zum Rednerpult bitte, möchte ich Ihnen bekannt geben, dass die Fraktionen vereinbart haben, keine Mittagspause durchzuführen. Bitte sorgen Sie dafür, dass Ihre Redner rechtzeitig da sind. Es gibt keine Mittagspause. Wir machen nahtlos weiter. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Knoblauch.

Günther Knoblauch (SPD): Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 10 hat großen Einfluss auf den persönlichen Bereich unserer Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig ist er der Schlüssel für die Lebensqualität der Menschen in besonderen Lebenssituationen in unserem Land. Wir

tragen für alle Bürgerinnen und Bürger eine besondere Verantwortung. Für uns ist es eine Herausforderung, allen Beteiligten in der Gesellschaft gerecht zu werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf unsere Bayerische Verfassung zu sprechen kommen, die uns als Grundlage dient. Mit Artikel 151 wird ein menschenwürdiges Da-sein für alle gefordert. Artikel 118a der Bayerischen Verfassung sagt: "Menschen mit Behinderungen dürfen nicht benachteiligt werden. Der Staat setzt sich für gleichwertige Lebensbedingungen von Menschen mit und ohne Behinderung ein." Das ist der Maßstab, den wir bei diesem Einzelplan ansetzen müssen. Angesichts der besonders schweren Situation in der Welt, in Europa und bei uns in Bayern haben wir die einmalige Chance, der Bevölkerung zu vermitteln, dass sie sich um ihre soziale Absicherung keine Sorgen machen muss. Ich bitte sowohl Herrn Kollegen Fackler als auch den Herrn Finanzminister, darauf hinzuweisen. Ständig sagt der Minister, dass wir weniger Geld für die normalen Bürger zur Verfügung hätten. In diesem Jahr haben wir jedoch die Mittel für die Bürgerinnen und Bürger im Haushalt in einigen Bereichen erhöht. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass der Etat um 640 Millionen Euro bzw. 710 Millionen Euro reduziert worden ist. Vor allem Mittel für die Asylarbeit und die Integration sind gekürzt worden. Die Mittel sind jedoch in dieser Situation besonders wichtig. Zwar sinken die Ausgaben im Sozialetat, weil die Aufgaben im Asylbereich sinken, aber uns muss auch die Umsetzung der Integration gelingen. Bisher haben wir die Asylbewerber und Flüchtlinge nur untergebracht. Jetzt erst beginnt die Integration. Wir brauchen ein verlässliches Angebot von Sprach- und Integrationskursen in Schulen, Kitas und im Arbeitsmarkt. Wir müssen dort investieren und dürfen nicht kürzen. Sollte das Großprojekt Integration missglücken, trifft das die ganze Bevölkerung.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Für den Haushaltstitel "Deutschkurse für Asylbewerber und sonstige Ausländer" werden im Haushaltsplan 2017 nur noch 8 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2016 war es doppelt so viel. Im Jahr 2018 werden lediglich 3 Millionen Euro zur

Verfügung gestellt – ein Fünftel der ursprünglichen Summe. Diese Entwicklung fördert die Integration nicht.

Ein weiterer Punkt ist die Asylsozialberatung. Das ist eine zentrale Aufgabe der Teilhaben. Den Beraterinnen und Beratern gebührt für ihre erfolgreiche Arbeit außerordentlicher Dank. Die Mittel für die Asylsozialberatung sind aufgrund des Rückgangs der Asylbewerberzahl gekürzt worden. Ich sage noch einmal: Auf der einen Seite haben wir die Zahl der Asylbewerber, auf der anderen Seite die Zahl der Menschen, die in Bayern sind. Wir müssen uns um all diese Menschen kümmern, damit keine Parallelgesellschaften entstehen. Wir wollen Parallelgesellschaften, wie wir sie in anderen Ländern vorfinden, verhindern. Dort hat man sich nicht um die Flüchtlinge gekümmert.

Frau Ministerin, wenn wir die Integration erfolgreich umsetzen und eine erfolgreiche Arbeit der Firmen draußen und der Sozialarbeiter fördern wollen, muss der Innenminister sein IMS vom 1. September 2016 entschärfen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Integrierte, Deutsch sprechende, steuerzahlende und von den Firmen dringend benötigte Lehrlinge erhalten keine Anstellung oder dürfen keine Lehrstelle antreten, weil sie abgeschoben werden sollen. Frau Ministerin Müller, Ihr Kollege arbeitet gegen Sie. Das darf in der Zukunft nicht sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kollege Fackler hat heute schon die Ehrenamtlichen angesprochen. Ohne Ehrenamtliche würde die ganze Integrationsarbeit überhaupt nicht funktionieren. Unsere Bevölkerung engagiert sich außerordentlich und lebt Solidarität, indem sie sich einbringt – ganz große Klasse.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn ich draußen mit den Ehrenamtlichen spreche, sagen sie: Wir brauchen mehr Unterstützung und weniger behördliche Hindernisse. – Deshalb fordern wir die Einstellung von hauptamtlichen Ehrenamtskoordinatoren in jedem Landkreis. Dank unserer Anträge in der Vergangenheit haben Sie endlich eingesehen, dass wir mehr Geld brauchen. Derzeit können wir jedoch nicht mal einen halben Hauptamtlichen in jedem Landkreis einstellen. Für 26.000 Euro umgerechnet auf jeden Landkreis bekommt man niemanden, der dafür ein ganzes Jahr arbeitet.

(Beifall bei der SPD)

Menschen, die ihre Geschicke nicht mehr alleine regeln können, spielen eine besonders große Rolle. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, leider ist Bayern auch hier an der Spitze. Die Förderung der Betreuungsvereine ist eine echte Hilfe für Ehrenamtliche, um Menschen zu begleiten. Zwischen dem Jahr 2000 und 2013 gab es 136.000 Verfahren. Diese Zahl ist auf 187.000 gestiegen. Die 130 Betreuungsvereine in Bayern erhalten aber lediglich eine Förderung von rund 3.500 Euro pro Jahr. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 16.000 Euro. Hier sind wir in negativer Hinsicht spitze! Daran muss sich etwas ändern!

(Beifall bei der SPD)

Die Teilhabe muss auch Alleinerziehenden, physisch und psychisch kranken Menschen, Menschen mit Behinderungen, Älteren usw. möglich sein. Bei unseren Änderungsanträgen zu diesem Einzelplan hat die SPD großen Wert darauf gelegt, dass insbesondere an die Schwächeren in der Gesellschaft gedacht wird; denn wir brauchen alle, auch die Schwächeren in der Gesellschaft. In manchen Fällen benötigen diese Menschen dauerhaft Geld, in anderen Fällen nur für eine Weile.

Die Insolvenzberatung und die Schuldnerberatung wurden vor vielen Jahren vom Obersten Rechnungshof angeregt. Auch das Ministerium hat festgestellt, dass hier Handlungsbedarf besteht. Menschen, die in finanziellen Notlagen keinen kompetenten

Ratgeber haben, sind die Nächsten, die Sozialleistungen beantragen müssen. Hier ist Solidarität notwendig. Wie sieht es aber bei den Anträgen aus?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nichts!)

Im Entwurf war nichts drin. Erst wenige Minuten vor Beginn der Sitzung des Haushaltungsausschusses kam ein Initiativantrag der CSU, ein Feigenblattantrag, während wir draußen mit Vertretern der Wohlfahrtsverbände und der Landkreise gesprochen haben, die uns gesagt haben, was sie bräuchten. Insgesamt benötigen die Landkreise und die Wohlfahrtsverbände 4 Millionen Euro mehr, weil die Fallpauschalen seit 17 Jahren nicht mehr verändert worden sind, während die Personalkosten in diesem Zeitraum um mindestens 30 % gestiegen sind. Nötig wäre ein flächendeckender Aufbau dieser Angebote. 25 Landkreise verfügen jedoch über gar kein Angebot. Diese 25 Landkreise wurden bisher alleingelassen.

Durch die Reform des Insolvenzrechts sind neue Aufgaben entstanden, für die zusätzliches Geld benötigt wird. Insgesamt sind das rund 4 Millionen Euro. Und was passiert? – Die CSU hat kurz vor der Sitzung 2 Millionen Euro beantragt, aber nicht für das Jahr 2017, sondern erst für das Jahr 2018. Und diese Mittel werden auch noch mit einer Haushaltssperre versehen. Für diejenigen, die in Zukunft Hilfe brauchen, ist das keine Hilfe! So kann man mit diesen Leuten nicht umgehen. So geht es nicht.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang sei mir eine Anmerkung erlaubt: Bei anderen Themen sind wir oft großzügiger. Ich habe mich sehr daran gestört, dass die Kosten für das Täterdenkmal am Obersalzberg von 14 auf 21 Millionen Euro gestiegen sind. Diese Mittel wurden ohne Haushaltssperre abgesegnet. Für ein Denkmal stellen wir 7 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Für Menschen, die Hilfe brauchen, haben wir jedoch keine 4 Millionen Euro. Das passt nicht zusammen! Damit werden wir den Unmut der Bevölkerung schüren!

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Rund 40 % des Einzelplans 10, das sind rund 5 Milliarden Euro, werden für familienpolitische Leistungen bereitgestellt.

(Wolfgang Fackler (CSU): Das ist ein Haufen Geld!)

– Herr Kollege, das ist viel Geld. Das bezweifelt keiner. Viele dieser Maßnahmen sind sicherlich richtig. Ich sage es noch einmal: Wir können dankbar sein für die Anträge, die die SPD gestellt hat und die schließlich nach einem halben Jahr, einem Jahr oder eineinhalb Jahren aufgegriffen werden, weil bis dahin der Druck zu groß geworden ist. Wir haben die gleiche Geduld wie der Ministerpräsident, wenn es um die Erreichung unserer Ziele geht. In vielen Fällen haben wir auch den Eindruck, dass die Leistungen nicht ausreichend sind.

Der SPD liegen besonders die Familien am Herzen. Wir möchten nachhaltig dafür sorgen, dass Männer und Frauen gleichgestellt sind und dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelingt. Dies führt nicht zuletzt auch zu volkswirtschaftlichen Vorteilen. Wir haben hier einen Verfassungsauftrag, den wir mit diesem Einzelplan umsetzen müssen.

Wir müssen die Kinder individuell fördern. Es ist erwiesen, dass die frühkindliche Bildung die Menschen für die Zukunft prägt. Dann werden die Menschen in die Gemeinschaft eingebunden. Ich verstehe deshalb nicht, dass Sie die Abdeckung der Randzeiten der Kinderbetreuung abgelehnt haben. Vor allem die Pendler und die Alleinerziehenden sind darauf angewiesen, dass sie in diesen Zeiten ein Betreuungsangebot haben.

An dieser Stelle möchte ich ein Beispiel dafür geben, wie das Betreuungsgeld anderweitig verwendet werden könnte. Ich möchte jetzt nicht mehr die einzelnen Argumente zum Betreuungsgeld "durchkauen", aber trotzdem deutlich machen, was sich entwickelt hat. In den letzten Tagen haben wir gehört, 100.000 Leute hätten bereits einen

Antrag auf das Betreuungsgeld gestellt; das Betreuungsgeld sei ein Erfolgsmodell. Im Haushaltsausschuss haben wir festgestellt, dass gleichzeitig 73 % der Kinder einen Platz in einer Kindertagesstätte oder einem Kindergarten haben. Das Ministerium hat uns eine Antwort gesandt, aus der hervorgeht, dass es einen Grund dafür gibt, dass über 100 % das Betreuungsgeld und die Kinderbetreuung in Anspruch nehmen. In dieser Antwort wurde festgestellt, dass das Betreuungsgeld nur vorübergehend in Anspruch genommen wird. In dem Schreiben des Ministeriums heißt es weiter: Eltern haben zwar vielfach das Betreuungsgeld für den gesamten Zeitraum beantragt, nehmen aber dann doch die Kinderbetreuung in Anspruch. Das ist die Aussage aus der Bevölkerung. Ich sage dazu eines: Sparen wir uns doch diesen ganzen Verwaltungsaufwand! Sparen wir uns das Geld für diese Bürokratie, und stecken wir das Geld direkt in die Kinderbetreuung!

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Beispiel für gut investierte Euros sind die Frauenhäuser, die notwendigerweise unterstützt werden müssen. Wir müssen die Frauen in Not und die Frauenhäuser besser unterstützen. Das Sozialministerium hat zu diesem Thema Gott sei Dank eine Studie in Auftrag gegeben, die bestätigt, was diejenigen, die sich mit diesem Thema beschäftigen, schon immer festgestellt haben: Die Dunkelziffer ist viel höher, und die Realität ist viel schlimmer als das, was tatsächlich angesprochen wird.

Diese Studie wird aber letztlich nicht ernst genommen. Die Zahl der Fälle liegt doppelt so hoch. Im Haushalt stehen jedoch gegenüber dem Ansatz aus dem Jahr 2016 nur wenige 100.000 Euro mehr zur Verfügung. Diese Mittel müssen verdoppelt werden, weil sich auch die Zahl der Fälle verdoppelt hat. Leider sind der Herr Fraktionsvorsitzende Kreuzer, Frau Präsidentin Stamm und Herr Innenminister Herrmann nicht da. Sie waren bei der Veranstaltung der "Sternstunden" dabei und haben Beifall geklatscht, als das neue Frauenhaus in Passau gefördert wurde. Klatschen Sie bitte weniger im Fernsehen, und heben Sie dafür hier im Parlament die Hand für mehr Geld für die Frauenhäuser! Das wäre unsere Aufgabe!

(Beifall bei der SPD – Harald Güller (SPD): Das können sie nachher bei der namtlichen Abstimmung tun!)

Meine Damen und Herren, wenn wir hier nicht helfen, werden wieder die Kommunen belastet, die in solchen Fällen oft tätig werden müssen. Ohne die Kommunen würde hier überhaupt nichts gehen. Rund 10 % der Mittel, die die Frauenhäuser benötigen, bekommen sie von kommunalen und staatlichen Einrichtungen. Die restlichen Mittel müssen sie aus Spenden zusammenbekommen. Eines muss uns klar sein: Gewalt gegen Frauen passiert jeden Tag und in jeder Gemeinde. Keine Gemeinde und keine Gesellschaftsschicht ist davon ausgeschlossen. Wir müssen hier etwas tun, nicht zuletzt, weil wir dadurch Prävention betreiben. Die Kinder, die Jungen und Mädchen, die es erleben müssen, dass der Vater schlägt und die Mutter dies hinnimmt, laufen Gefahr, dass sie dieses Verhalten als normal bewerten und es später wiederholen. Hier müssen wir entgegenwirken, weil auch das Geld kosten wird!

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang möchte ich noch etwas ansprechen. Es geht um etwas, was kein Geld kostet, Frau Ministerin, was sich aber ändern müsste. Was ich nämlich immer wieder höre, ist Folgendes: Wenn eine Frau in der Nacht vor der Gewalt des Mannes flüchtet, in ein Frauenhaus kommt, aber nicht alle Unterlagen dabei hat, die sie bei der Antragstellung braucht, dann bekommt das Frauenhaus für die Nächtigung der nächsten Tage keine Erstattung bezahlt. Da muss sich doch etwas ändern. Es muss doch, wie in anderen Bereichen auch, möglich sein, dass die Frau dann, wenn sie da ist, einen Antrag stellt und anschließend die Unterlagen bringt. Wenn die Frau am Abend vor den Schlägen des Mannes davonläuft, dann wird sie doch nicht zu ihm sagen: Lass mich noch schnell an den Büroschrank, ich muss dort noch die und die Papiere herausnehmen, damit ich etwas machen kann. – Ja, wo sind wir denn?

(Beifall bei der SPD)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, noch ein Punkt, Herr Kollege Fackler hat ihn zwar erwähnt, aber wir haben noch keine zufriedenstellende Lösung. Wir haben schon gesagt, es gibt ein paar Feigenblattanträge und Regelungen von der CSU im Haushalt. Es geht um das Blindengeld für hochgradig Sehbehinderte und hochgradig Gehörgeschädigte. Da wird gesagt, man hat vielleicht im Jahr 2018 Geld. Ja, warum denn nicht gleich 2017, lieber Herr Kollege? – Die Leute haben doch jetzt das Problem und nicht irgendwann in der Zukunft. Das ist doch der Auftrag, den wir eigentlich haben: den Leuten zur Seite zu stehen. So viel Geld kostet das doch nicht,

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Zwölf Millionen!)

dass wir den Menschen, die besonders hart betroffen sind, nicht helfen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu passt vielleicht auch, dass wir das Versprechen der Staatsregierung haben, die Barrierefreiheit kommt bis 2023. Auch in dieser Frage sollte man ehrlich sein. Wenn man nämlich den Haushalt betrachtet, erkennt man, dass wir das bestenfalls bis 2053 schaffen. Dann ist es aber auch zu spät. Es ist ein Stück Glaubwürdigkeit, die wir gegenüber dem Bürger wahren müssen. Dieser Haushalt zeigt doch auch, wie wir mit den Menschen umgehen, die in unserer Gesellschaft benachteiligt sind, die im Leben vor einer besonderen Situation stehen, die sie meistern müssen. Sie müssen später natürlich auch für sich sorgen, so gut das eben geht. Wir müssen ihnen aber zur Seite stehen.

(Beifall des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD))

Ich nehme die Artikel 151 und 118 der Bayerischen Verfassung ganz, ganz ernst. Diese Artikel sollten wir alle hinaustragen. Es nicht nur schön, Bayer zu sein, wenn man groß ist, wenn man jeden Tag ins Fitnesscenter gehen kann und so weiter, sondern man ist auch Bayer, wenn man krank ist, wenn man blind ist, wenn man behin-

dert ist. Dann gehört man auch dazu. Auch um diese Menschen müssen wir uns kümmern.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Roos (SPD): Bravo! Bravo Günther!)

Bei der Gelegenheit möchte ich mich auch bei Ihnen, Frau Ministerin, bedanken. Ich weiß, dass Sie sich sehr engagieren. Sie sind eingebunden in eine Regierung, die das eine oder andere manchmal nicht zulässt. Ich hoffe, wir können uns mit vielen Anträgen durchsetzen, und zwar in einer kürzeren Zeit als bisher. Der Ministerpräsident hat gesagt: Ziele erreicht man, wenn man Geduld hat. – Wir von der SPD-Fraktion haben sicher Geduld. Die Ziele haben wir auch vor Augen. Wir werden darum kämpfen, diese Ziele diese zu erreichen, im Interesse der Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb möchte ich mich nicht nur bei Ihnen und bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen im Ministerium, in den Landratsämtern und den Regierungen und so weiter bedanken. Ich möchte mich auch bei meinen Kolleginnen und Kollegen bedanken, insbesondere bei Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Angelika Weikert und Uli Pfaffmann. Sie bringen sich mit außerordentlichem Engagement und großer Sachkenntnis in die Arbeit des Sozialausschusses ein. Sie arbeiten dort ganz hervorragend. Ich danke ihnen dafür. Ihr seid ein Schwerpunkt in diesem Ausschuss!

(Beifall bei der SPD – Bernhard Roos (SPD): Bravo!)

In diesem Sinne hoffe ich, dass es uns bald gelingt, unsere Bayerische Verfassung zu verwirklichen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch ich bedanke mich, und zwar beim ganzen So-

zialausschuss für die gute und konstruktive Arbeit im letzten Jahr. Ich möchte in meinen Dank grundsätzlich alle einbeziehen.

Nun zum Sozialhaushalt. Wir haben 23 Anträge gestellt. Alle 23 Anträge wurden leider abgelehnt. Sie werden verstehen, dass wir diesem Teilhaushalt leider nicht zustimmen können.

Das erste Beispiel, und das möchte ich hier ganz deutlich aufzeigen, ist das Blindengeld für die schwerbetroffene Gruppe. Es ist kein positives Zeichen, wenn dieses Geld erst 2018 bezahlt werden soll. Ich zitiere immer die Frau Ministerin, die sagt: Die Stärke einer Gesellschaft erkennt man daran, wie sie mit den Schwächsten umgeht. – Gerade die Gruppe der schwer Sehbehinderten mit einem Sehvermögen von 2 bis 5 % ist hier konkret betroffen, Frau Ministerin. Es geht nur um 166 Euro pro Monat. Das hätte die Staatsregierung machen müssen. Ich finde das ganz wichtig. Das hat die Staatsregierung aber nicht hinbekommen. Deshalb ist das ein schwacher Start für das Jahr 2017.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein zweites Beispiel, hier geht es um das Ehrenamt. Herr Hintersberger sollte besonders zuhören. Bayern ist das Land des Ehrenamtes. 47,5 % der Bürger engagieren sich. 2009 waren es nur 36 %. Wir sagen, das Ehrenamt ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Ehrenamtliche engagieren sich sehr stark, das taten sie vor allem auch im letzten Jahr bei der Flüchtlingshilfe. Das möchten wir immer wieder betonen. Wir wissen, dass wir in Bayern eine Anerkennungskultur haben. Diese Anerkennungskultur müssen wir aber verbessern.

Zunächst zur Ehrenamtskarte: Sie wissen, es gibt 120.000 Bürger, die diese Karte bekommen haben. Die Karte gibt es in 79 von 96 Landkreisen, es gibt sie aber leider nicht in München. Wir müssen deshalb überlegen, was wir tun können, damit auch in München die Ehrenamtskarte eingeführt wird. Es gibt 5.000 Akzeptanzpartner, die in den Kommunen und so weiter diese Vorteile anbieten. Allerdings, wenn ein Landkreis

eine Ehrenamtskarte einführt, bekommt er vom Freistaat nur 5.000 Euro. Das ist zu wenig. Die Landkreise müssen nämlich Leute einstellen, und in der Regel stellt jeder Landkreis dafür eine hauptamtliche Kraft ein. Ich meine, die Ehrenamtskarte ist das Aushängeschild des Freistaats. Der Freistaat muss deshalb die Kommunen stärker unterstützen. Herr Staatssekretär, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Die Karte wird nämlich in den Kommunen umgesetzt, deshalb brauchen wir eine stärkere Unterstützung der Kommunen durch den Freistaat. Auch dazu haben wir einen Antrag eingebracht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wie kann das ehrenamtliche Engagement gesteigert werden? – Da möchte ich Sie zi- tieren, Herr Hintersberger. Sie sagten vor einigen Wochen:

Besonders beeindrucken mich zudem Schulen, die fachliches Lernen mit gesell- schaftlichem Engagement von Schülern verbinden nach dem Motto: "Lernen durch Engagement". Dies geschieht als Teil des Unterrichts und eng verbunden mit dem fachlichen Lernen. Das halte ich für einen zukunftsweisenden Weg

In Bayern gibt es aber leider nur 20 Schulen, die solches Service Learning anbieten, das wissen Sie, Herr Hintersberger. Wir brauchen solche Vorzeigeschulen in Bayern aber flächendeckend und nicht nur Modelle an 20 Schulen. Sie waren das letzte Mal bei unserem "Runden Tisch Ehrenamt" am 12.11.2016 dabei. Da wurde das Modell des Gymnasiums in Bamberg besprochen. Ich möchte Sie bitten, solche guten Modelle zu unterstützen. Das ist ganz wichtig. Ich begrüße es deshalb ganz ausdrücklich, dass das Sozialministerium im Jahr 2017 das Thema Service Learning zum Schwerpunktthema machen will. Dieses Thema müssen wir dann aber auch konkretisieren. Wir unterstützen Sie dabei. Wir brauchen dann allerdings auch viel mehr Schulen, die das machen. Dafür müssen wir auch Gelder einsetzen, Herr Staatssekretär. Das ist ganz wichtig. Wir verstehen deshalb nicht, weshalb ein Antrag der FREIEN WÄHLER zur Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement von

der CSU abgelehnt wurde. Das passt einfach nicht zusammen. Sie wollen das Ehrenamt fördern. Wir wollen das Ehrenamt fördern. Wir wollen die Schulen einbeziehen. Dafür muss man dann aber auch mehr Geld ausgeben.

Integration ist eine Daueraufgabe, auch noch nach der Marathonsitzung letzte Woche. Wir haben die Flüchtlingskrise zwar gut gemeistert. Das gelang aber dank der vielen Ehrenamtlichen, die sich engagiert haben, und dank der Kommunen, die sich massiv eingesetzt haben, aber auch dank der Landräte und der Bürgermeister. Deshalb möchte ich mich dafür ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Integrationsgesetz wurde letzte Woche beschlossen. Wir wollen mal schauen, wie die Umsetzung erfolgt. Wir hoffen, dass die Kommunen ausreichend finanzielle Mittel erhalten und dass es nicht zu einer Politik nach Kassenlage wird. Das haben wir immer wieder kritisiert.

Auch das Beispiel Deutschkurs möchte ich hier noch einmal nennen. Deutschkenntnisse sind sehr wichtig. Die Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Jeder, der Deutsch lernen will, muss auch Unterstützung vom Staat bekommen. Das muss in Bayern flächendeckend geschehen. Das ist bisher nicht der Fall.

Ein neuer Aspekt: Wir haben eine neue Integrationsbeauftragte, Frau Kerstin Schreyer. Sie ist leider nicht hier. Herr Unterländer, Sie geben meine Hinweise weiter. Frau Schreyer tritt erst im März ihren Dienst an und hat gesagt, sie will vorher zu diesem Thema nichts sagen. Lassen wir es mal so stehen.

Ich habe einige Wünsche an die neue Integrationsbeauftragte. Frau Schreyer, berufen Sie einen Integrationsrat ein, der effektiv arbeitet! Circa 80 Mitglieder hat er nach dem aktuellen Stand. Das sind einfach zu viele. Machen Sie zeitliche Vorgaben zur Zahl der jährlichen Sitzungen! Bisher gab es die überhaupt nicht. Die eingerichteten soge-

nannten Ad-hoc-Ausschüsse boten keine optimalen Lösungen, weil man von den Ergebnissen fast nie oder nur rein zufällig erfuhr.

Nehmen Sie den Integrationsrat wirklich ernst, und fassen Sie regelmäßig Beschlüsse! Wenn Sie nachsehen und nachfragen, merken Sie, der Integrationsrat in Bayern hat den letzten Beschluss im Jahr 2013 gefasst. Die Mitglieder des Integrationsrates fühlten sich dadurch nicht ernst genommen. Wir wollten zum Beispiel auch über das Integrationsgesetz abstimmen. Ein Vertreter des Ministeriums hat dazu gesagt, das bräuchten wir nicht, es genüge, wenn wir eine Diskussion ohne Abstimmung führen.

Weiter bitte ich Sie: Geben Sie einen regelmäßigen Integrationsbericht im Sozialausschuss und warten Sie nicht fünf Jahre! So kann man das Integrationsgesetz nämlich auch interpretieren. Das wäre viel zu spät. Machen Sie es regelmäßig, einmal im Jahr. Das ist wichtig, gerade bei einem so bedeutenden Zukunftsthema.

Nutzen Sie die Erfahrungen der 26 Integrations- und Ausländerbeiräte! Informieren und motivieren Sie, damit die Wahlbeteiligung steigt. Es wird oft kritisiert, dass sie zu gering ist.

Nutzen Sie den Spielraum, den Ihnen das neue Gesetz bietet! Binden Sie alle Mitglieder des Integrationsrates sozusagen als "freiwilliges Muss" in Ihren Entscheidungsprozess ein!

Mein Wunsch an Frau Schreyer, die nicht da ist – –

(Die Abgeordnete Kerstin Schreyer (CSU) erhebt sich und winkt dem Redner zu)

– Oh, da ist sie!

(Allgemeine Heiterkeit – Kerstin Schreyer (CSU): Nur für Sie, Herr Fahn!)

– Das ist sehr nett.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Das ist er gewohnt! – Kerstin Schreyer (CSU): Ich unterhalte mich gerne mit Ihnen! Ich höre Ihnen auch zu!)

– Ja, aber meine Redezeit läuft jetzt weiter. Sie müssten mir eine Zwischenfrage stellen.

(Kerstin Schreyer (CSU): Da müsste man fast normal miteinander reden anstatt am Mikro, gell! – Heiterkeit bei der CSU)

– Ja, das stimmt. – Machen Sie den Integrationsrat zu einem Beteiligungsgremium. Bisher war er nämlich nicht so effektiv. Ich war beim Integrationsrat dabei. Sie fangen im März an.

Mir geht es um Folgendes, Frau Schreyer – Sie sagen ja im Moment noch nichts, haben Sie gesagt, sondern erst ab März – –

(Kerstin Schreyer (CSU): Ich unterhalte mich mit Ihnen immer gerne! – Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Ach so. Aber Sie sagen im Parlament nichts. – Es geht um Transparenz und, wie ich sagen muss, um ernsthafte Beteiligung.

Jetzt geht es um ein anderes Thema, das auch schon angesprochen wurde: Erstattung des Freistaates im Bereich Asyl. Zwar übernimmt der Freistaat einen Kostenanteil für junge Flüchtlinge. Aber das ist noch nicht das Ergebnis, welches wir uns gewünscht haben. Zusätzliche Gelder wurden bereitgestellt. Heute liegen die zu zahlenden Beträge für junge Flüchtlinge zwischen 18 und 21 Jahren bei 120 Euro pro Tag. Aber in allen Bundesländern – Herr Fackler, das müssten Sie schon wissen – wird diese Summe voll bezahlt. Der Freistaat Bayern übernimmt nur 30 bis 40 Euro, also bis zu einem Drittel. Man kann sagen: Der Bezirkstag hat hart gekämpft, aber eben nur das Drittel erreicht. Wir müssen insgesamt noch ein bisschen mehr erreichen. Wir sehen hierin eine ganz wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Es wird immer behauptet, der Freistaat sei sehr kommunalfreundlich. Beim Thema Asyl muss man ganz klar einwenden, dass die Personalkosten leider nicht bezahlt werden. Die Kommunen müssen die Personalkosten bezahlen. Sie betragen in der Regel 1 % der Kreisumlage. Hier wurde einiges getan, aber es gibt noch einen gewissen Nachholbedarf; und den möchten wir konkret einfordern.

Stichwort kulturelle und heimatpolitische Anliegen der Vertriebenen und Flüchtlinge: Positiv zu vermerken ist der Bau des Sudetendeutschen Museums. Infolgedessen gibt es viele Ausgabensteigerungen. Liebe CSU, vergessen Sie bei diesem wichtigen Projekt aber nicht die vielen anderen Landsmannschaften in Bayern. Vergessen Sie nicht die Schlesier, vergessen Sie nicht die Russlanddeutschen, die auch solche Anlaufstellen suchen. Wir haben jetzt Gott sei Dank eine in Fürth gefunden. Aber sie fragen natürlich auch immer nach: Wo konkret ist der Freistaat? Auch die Russlanddeutschen zum Beispiel sind sehr wichtig. Auch sie brauchen eine sichere Finanzierung. Hier geht es auch um insgesamt gleichrangige Lebensverhältnisse in Bayern. Wir haben einen Änderungsantrag gestellt, demzufolge die Ausgaben für die Vertriebenenverbände noch ansteigen sollen. Wir bedauern, dass er abgelehnt wurde. Wir wollten eigentlich nur das Niveau von 2003 wiederherstellen. Damals wurde von Stoiber sehr vieles gekürzt. Diese Ausgaben müssen Sie in Zukunft erhöhen.

Investitionen in die Zukunft unserer Kinder sind sehr wichtig. Der Besuch einer Kindertagesstätte ist für die Entwicklung und die Bildungschancen eines Kindes von großer Bedeutung. Wir FREIEN WÄHLER fordern seit Jahren eine solide staatliche Sockelfinanzierung der bayerischen Kitas; denn immer noch gibt es Probleme mit dem Verwaltungsaufwand, der Randzeitenbetreuung und der individuellen Familienbetreuung. Hier hätten wir uns mehr gewünscht. Dazu haben wir auch einen Antrag gestellt. Wir müssen bereit sein, die Zukunft unserer Kinder noch ernster zu nehmen. Bei den Kindern zu sparen, wäre ein Sparen an der falschen Stelle. Deswegen lautet unser Motto: die Zukunft unserer Kinder gestalten. Das wollen wir FREIEN WÄHLER in den nächsten Jahren offensiv angehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt nicht nur Kinder, sondern es gibt natürlich auch Senioren. Wir sagen Ja zu einer generationenübergreifenden Seniorenpolitik. Wir unterstützen die Landesseniorenvertretung, die sich für die Belange älterer Menschen einsetzt. Sie wird zwar vom Sozialministerium unterstützt, hat aber keinen eigenen Haushaltstitel, Frau Ministerin. Die Vertreter führten ein Gespräch mit Ihnen. Dabei haben Sie gesagt, das gehe nicht, das sei rechtlich nicht möglich. Frau Ministerin, das können wir nicht nachvollziehen. Vielleicht können Sie das noch erklären. Wir haben deshalb einen Antrag gestellt, über den getrennt abgestimmt werden soll. Wir meinen, die Landesseniorenvertretung macht eine sehr gute politische Arbeit. Dafür braucht sie einen eigenen Haushaltstitel. Dann können sie frei über die Mittel verfügen, anstatt bei jedem Anliegen das Ministerium anbetteln zu müssen. Ein eigener Haushaltstitel für die Landesseniorenvertretung, Frau Ministerin Müller, das ist unser Wunsch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir könnten hier natürlich noch viel anbringen, etwa zur Rentenproblematik und zur Altersarmut. Für uns ist wichtig, generationenübergreifend zu arbeiten, das heißt, generationenübergreifende Wohnprojekte zu fördern, zum Beispiel die echten Mehrgenerationenhäuser, in denen Jung und Alt zusammenwohnen. Davon gibt es einige in Bayern, nämlich 96. Es könnten mehr sein. Mehrgenerationenhäuser sind noch die Ausnahme. Dafür gibt es eine gewisse Anschubfinanzierung vom Ministerium, ich meine, circa 40.000 Euro. Diese Förderung könnte man insgesamt erhöhen; denn das wäre ein Beitrag zu einer generationenübergreifenden Politik in Bayern. Dabei haben wir noch einen echten Spielraum. Deswegen bitten wir Sie, das in den nächsten Jahren umzusetzen.

Zum Schluss noch das sehr wichtige Thema der Barrierefreiheit: Bayern soll bis 2023 komplett barrierefrei sein. Auch das ist ein Titel, der verwirrt, weil das Vorhaben ja nur die staatlichen Einrichtungen betreffen kann. Man kann sagen, zwei Drittel der Einrich-

tungen sind eigentlich nichtstaatlich. Diese Konvention meint eigentlich auch, dass alles komplett barrierefrei sein soll. Dafür ist zwar einiges getan; aber insgesamt ist es noch viel zu wenig; denn wir wollen die Barrierefreiheit flächendeckend in allen Gebäuden. Wir wollen zum Beispiel auch ein flächendeckendes Förderprogramm für alle Rathäuser. Sie sagen dann immer: Nehmt die FAG-Mittel. – Das ist insgesamt zu wenig zielführend. Wichtig wäre ein eigener Titel. Mit der Barrierefreiheit in allen Rathäusern fangen wir an. Damit wären wir schon einen Schritt weiter, sehr geehrte Frau Ministerin. Das wünschen wir uns.

Zu meinem letzten Punkt – ich könnte noch viel mehr bringen, aber mein Kollege Bernhard Pohl möchte zu diesem wichtigen Thema auch noch etwas sagen -: Wir haben weitere Anträge gestellt; darin fordern wir unter anderem mehr Geld für die Opfer von Gewalt gegen Frauen und Kinder, mehr Gelder für die Wohnungslosenhilfe in Bayern und eine stärkere Förderung der Teilzeit-Berufsausbildung. Dieses ganz wichtige Thema haben wir im Sozialausschuss behandelt. Dabei könnten wir noch viel mehr Leute unterstützen. Der Vorschlag von uns dazu lautet: 200.000 Euro pro Bezirk.

Sie sehen: Es wurde schon viel getan; aber wir müssen noch viel mehr tun. Packen wir's an! – Ich bedanke mich für Ihre Anwesenheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Lehnen Sie den Gesamthaushalt ab?)

– Den Gesamthaushalt werden wir ablehnen, Herr Pfaffmann. Wenn Ihnen das ein Anliegen ist, darf ich Ihnen das schon vorab sagen. Das ist für Sie interessant.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen von der CSU, Sie haben gestern wiederholt moniert, dass wir von der Opposition seit zwei Tagen den von der CSU-Staatsregierung vorgelegten Haus-

halt schlechtreden. Aber als ich mir den Sozialhaushalt durchgelesen habe, habe ich mich gefragt, wo ich mit der Kritik anfangen und wo ich damit aufhören soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht nicht darum, dass Sie viel ausgeben. Jeder kann viel ausgeben. Es geht darum, wofür Sie das ausgeben. Es ist nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht als Opposition, Sie darauf hinzuweisen, dass Sie die falschen Schwerpunkte setzen. Deswegen – das kann ich Ihnen jetzt schon versprechen – folgt auf zwei Tage Kritik am Bayerischen Haushalt ein dritter Tag mit Kritik am Bayerischen Haushalt. Sie haben Glück, dass wir heute Abend mit dem Haushalt durch sein werden. Sonst käme garantiert ein vierter Tag dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist wie in der Marathondebatte über Ihr Leitkultgesetz. Auch da waren wir nach 19 Stunden Debatte noch nicht mit der Kritik fertig. Ich kann Ihnen versichern: Das schaffen wir auch mit dem Haushaltsplan locker. Da gibt es genauso viel Stoff für Kritik wie beim Leitkultgesetz. Das Seltsame ist: Wenn man Sie insbesondere außerhalb des Landtags reden hört, könnte man auf den Gedanken kommen, dass wir uns bei einigen wichtigen Punkten inhaltlich völlig einig sind. Aber wenn es darum geht, "Butter bei die Fische" zu bekommen, wenn es darum geht, allgemeine Forderungen mit einem konkreten Haushaltsansatz zu verbinden, dann ducken Sie sich weg und tauchen ab. Dann behaupten Sie, es müsse erst dies gemacht werden, es müsse erst jenes gemacht werden. Sie planen das alles schon. Aber von einem konkreten Haushaltsansatz, der ein Zeichen setzt, sind Sie in einigen Punkten meilenweit entfernt. Das genügt als Vorrede. Jetzt wird es konkret.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wer war denn am 9. Dezember bei der Sternstunden-Gala?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Alle!)

Wer von Ihnen hat geklatscht, als die Ihnen auch als "Mama Bavaria" bekannte Kabarettistin Luise Kinseher über ein Thema sprach, das ihr ganz besonders am Herzen liegt, das uns GRÜNEN besonders am Herzen liegt, das der SPD besonders am Herzen liegt und bei dem Sie bei jeder passenden Gelegenheit behaupten, dass es Ihnen auch am Herzen liegt? Luise Kinseher sprach darüber, dass Frauenschutzräume in Bayern dringend zu verbessern sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wer von Ihnen war dabei und hat geklatscht?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Alle!)

Wer hätte geklatscht, wenn er dabei gewesen wäre?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Alle!)

Wer von Ihnen hat durch seine Zustimmung signalisiert, dass die Situation von Frauenschutzräumen in Bayern verbesserungswürdig ist?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Auch alle!)

Wer von Ihnen stimmt jetzt im Haushalt gegen Verbesserungen bei Frauenschutzräumen?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Auch alle!)

Das finde ich schäbig, einfach nur schäbig. Außen hui und innen pfui, sage ich da nur.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Sagen Sie jetzt bloß nicht, Sie hätten nicht gewusst, dass nach einer Studie der Universität Erlangen-Nürnberg allein im Jahr 2014 2.845 Frauen und Kinder von bayrischen Frauenhäusern aus Platzgründen abgewiesen werden mussten. Auch einige Ihrer Abgeordneten hat vor wenigen Tagen der offene Brief der Leiterinnen der vier unterfränkischen Frauenhäuser erreicht. Es stand auch in der Zeitung. Hier wie so viele Jahre zuvor wieder nicht zu reagieren, ist einfach schofel.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Sagen Sie mir nicht, der Bedarf sei noch nicht genau genug dargelegt worden. Der Bedarf wird seit Jahren dargelegt. Jetzt gibt es Zahlen dazu. Trotzdem tut sich wieder nichts. Wir haben dazu namentliche Abstimmung gefordert und möchten gerne wissen, ob diejenigen, die bei der Sternstunden-Gala zustimmend geklatscht haben, jetzt trotzdem Nein zu einer besseren Finanzierung von Frauenschutzräumen und Frauennotrufen sagen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Mit Sicherheit!)

Heute haben Sie die Gelegenheit, Ihr Nein zu dokumentieren, bevor Sie in ein paar Jahren unsere Anträge abschreiben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit!)

Ich komme zum nächsten Thema: Schuldner- und Insolvenzberatung. Herr Kollege Vogel, da möchte ich Sie direkt ansprechen. Sie haben vor zwei Wochen im Sozialausschuss wörtlich gesagt: In Bayern bricht die Schuldner- und Insolvenzberatung nicht zusammen, auch wenn noch keine Einigung erzielt worden ist. – Ich habe mich über diese Aussage sehr gewundert. Es geht gar nicht darum, ob die Schuldner- und Insolvenzberatung zusammenbricht. Es geht darum, das umzusetzen, was richtig ist. Es geht darum, das umzusetzen, was beschlossen ist. Es geht darum, den Trägern der Schuldner- und Insolvenzberatung endlich zu signalisieren, dass die jahrelange Unterfinanzierung ein Ende hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was passiert denn, wenn die von allen Fraktionen anerkannten Kosten in Höhe von 8 Millionen Euro nicht anerkannt werden und Sie die Träger durch ein In-die-Längenziehen der Verhandlungen irgendwann kleinbekommen? Für 6 Millionen Euro kann man keine Leistung erbringen, die 8 Millionen Euro kostet. Im Zusammenhang mit

Konnexität müssten diese 8 Millionen Euro anerkannt werden. Das wissen Sie so gut wie ich. Es war ein Armutszeugnis, im Sozialausschuss zu hören, dass das Ministerium lediglich zur Weiterführung von Gesprächen einladen könne; denn das Ministerium sei an den Betrag gebunden, den der Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung stelle. Liebe Kollegen und Kolleginnen, wer ist denn der Haushaltsgesetzgeber? – Sie sind es! Sie hätten es in der Hand, ein klares Zeichen zu setzen.

Natürlich bricht die Schuldner- und Insolvenzberatung nicht zusammen; aber die Träger gehen seit Jahren in Vorleistung und haben weniger Geld und weniger Personal für andere Zwecke. Wenn Sie das weiterhin auf die lange Bank schieben, dann wird sich das nicht ändern. Die Menschen, die sich bei der Schuldner- und Insolvenzberatung informieren wollen, sind die Leidtragenden, nicht die Schuldner- und Insolvenzberatungen.

Sie als CSU-Fraktion sind diejenigen, die in den nächsten beiden Jahren 450 Millionen Euro für das unsinnige Betreuungsgeld ansetzen. Sie verschwenden fast 6 Millionen Euro für den Umzug des Gesundheitsministeriums, und Sie setzen die falschen Schwerpunkte. Nach jahrelangen Diskussionen weigern Sie sich aber, knapp 2 Millionen Euro mehr bei der Schuldner- und Insolvenzberatung anzusetzen. Das Betreuungsgeld dagegen, das weder sozialpolitisch sinnvoll ist noch zielgerichtet ärmeren Familien unterstützt, blockiert den ganzen Haushalt für sinnvollere Maßnahmen. Auf jeden Fall ist eine Erklärung, wie viele Menschen bereit sind, Geld zu nehmen, wenn es ihnen quasi hinterhergetragen wird, kein Grund für Ihr regelmäßiges Eigenlob. Ich habe es schon am Anfang gesagt: Es ist nicht schwer, Geld unter die Leute zu bringen, aber es ist schwer, die richtigen Prioritäten zu setzen.

Ich sage noch ein paar Worte zu "Bayern barrierefrei": Das angebliche und groß angekündigte Sonderinvestitionsprogramm ist nach wie vor eine Durchreichenummer für Mittel, die schon seit Jahren regelmäßig für barrierefreie Maßnahmen im Haushalt stehen. Oder es sind gleich fiktive und grob geschätzte Zahlen, zum Beispiel die 11 Millionen Euro, die Sie für Barrierefreiheit in Schulen und Kitas investieren; oder die 30 Mil-

lionen Euro für barrierefreie Linienbusse. Sie reichen sie einfach vom Bund aus weiter. Genau das müssen Sie auch tun. Aber das ist etwas völlig anderes als ein eigenes Investitionsprogramm, wie Sie es versprochen hatten. Sie klotzen nicht, Sie kleckern nur rum.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ihr eigenes Investitionsprogramm beschränkt sich dagegen auf jeweils 13,7 Millionen Euro für Barrierefreiheit in staatlichen Bestandsgebäuden und ein paar flankierende Maßnahmen. Genau diese sollen im kommenden Haushalt auch noch gekürzt werden. Ihr Wille zu Einsparungen in allen Ehren – aber der barrierefreie Ausbau staatlicher Gebäude ist viel mehr, als einen Zugang für Rollstuhlfahrer einzurichten. Was machen Sie denn zum Beispiel für Menschen mit Hörbehinderungen? Wie arbeiten Sie konkret darauf hin, diesen Menschen die Barrieren aus dem Weg zu räumen? Sie sind nicht einmal mit auf dem Logo drauf. Das werden wir heute nicht abschließend klären können; aber ich habe eine Anfrage dazu eingereicht. Nach deren Beantwortung werden wir das Thema wieder aufnehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt sage ich noch ein paar wenige Worte zu den 130 anerkannten bayerischen Betreuungsvereinen, die seit Langem chronisch unterfinanziert sind. Deren Arbeit bildet das Rückgrat für die vielen ehrenamtlichen Betreuer. Wenn dieses Rückgrat ange- sichts der Belastung bricht, werden wir mehr berufliche Betreuung brauchen. Sie spa- ren hier seit Jahren an der falschen Stelle.

Ich nenne das Stichwort Landesbehindertenplan. Das Sprichwort "Einen alten Baum verpflanzt man nicht" gilt auch für Menschen mit Behinderungen. Ältere Menschen mit Behinderungen scheiden aus den Werk- und Förderstätten aus. Sie brauchen Wohn- und Tagesbetreuungsplätze. Sie möchten oft gerne dort bleiben, wo sie schon lange gelebt haben. Das sollten Sie ihnen gönnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich gönne Ihnen jetzt noch eine zweite Runde der Kritik an diesem Haushaltsplan. Das übernimmt aber meine Kollegin Christine Kamm.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Unterländer.

Joachim Unterländer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich einiges zu den vorhergehenden Rednerinnen und Rednern feststellen, ausgenommen natürlich Herr Wolfgang Fackler mit seinem hervorragenden Beitrag.

(Allgemeine Heiterkeit)

Sie machen wie schon in der Vergangenheit den Kardinalfehler in der Familienpolitik, den Eltern in ihre Lebensbiografie und ihre Erziehungsgestaltung hineinreden zu wollen. Das geht die Politik nichts an. Sie muss für alle Modelle und alle Optionen den richtigen Weg anbieten. Das machen wir zum einen mit dem Betreuungsgeld, das wirklich ein Erfolgsmodell ist; denn es wird – ich sage es gerne noch einmal – von 70 % der insgesamt 100.000 Eltern in Anspruch genommen. Dass Sie so daherreden und sagen, die Eltern bräuchten es nicht, ist eine Unverschämtheit gegenüber den Familien in unserem Land.

(Beifall bei der CSU)

Genauso argumentieren Sie beim Landeserziehungsgeld, das ebenfalls ein Erfolgsmodell ist. Aufgrund der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und entsprechender Entscheidungen der Sozialministerin haben wir die Einkommensgrenzen in Anbetracht der allgemeinen Lebensbedingungen und der Entwicklung der Einkommen deutlich, nämlich um fast 40 %, angehoben, damit ein noch größerer Kreis von Famili-

en Anspruch auf das Landeserziehungsgeld erhält. Deswegen sage ich ganz klar: Hände weg vom Landeserziehungsgeld!

(Beifall bei der CSU)

Sie fordern, dass die Schuldner- und die Insolvenzberatung zusammengelegt werden. Da sind sich der sozialpolitische Ausschuss, die Staatsregierung, die öffentliche und die Freie Wohlfahrtspflege als Träger der Einrichtungen und die sonstigen Beteiligten einig. Der Haushaltausschuss hat zusätzlich 2 Millionen Euro ab dem Jahr 2018 zur Verfügung gestellt.

(Peter Winter (CSU): Wir sind halt großzügig!)

Das ist der klare Handlungsauftrag an die Bayerische Staatsregierung und das Sozialministerium, mit der öffentlichen und der Freien Wohlfahrtspflege zu verhandeln. Sie wollen nicht, dass es zu einem vernünftigen Ergebnis kommt. Vor allen Dingen wollen Sie nicht, dass die Schuldner- und die Insolvenzberatung weiterhin differenziert arbeiten. Wir wollen, dass den Menschen geholfen wird. Wir wollen aber vor allen Dingen auch, dass die Schuldner- und Insolvenzberatung effizient erfolgt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Sie haben auch eine bessere Förderung der Frauenhäuser gefordert. Es ist unumstritten notwendig, den Schutz von Frauen vor Gewalt in der Familie und in der Gesellschaft weiter zu verbessern. Dazu gibt es die sogenannte Bedarfsermittlungsstudie, und es gibt einen Weg, den die CSU-Fraktion mit geebnet hat, indem sie die Zuschüsse für den proaktiven Ansatz bei den Frauenhäusern erhöht hat. Ich gebe zu, damit ist die Diskussion nicht beendet; aber wir werden das weiterführen. Seien Sie dessen sicher, dass die Einrichtungen froh sind, dass wir hier eingestiegen sind, und seien Sie dessen sicher, dass die Frauenhäuser davon profitieren werden und ihre wertvolle Arbeit weiterentwickeln können. Wir haben das im Haushaltausschuss unterstützt, und die Bayerische Staatsregierung setzt es um.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Nur Phrasen!)

Lassen Sie mich noch einige grundsätzliche Themen ansprechen. Zum einen möchte ich darauf hinweisen, dass die Sozialpolitik im Freistaat Bayern beständig auf aktuelle Entwicklungen und neue Herausforderungen eingegangen ist und präventive Ansätze gezeigt hat. Ohne das Gemeinschaftswerk des Bayerischen Sozialministeriums, des Bayerischen Landtags, der öffentlichen und der Freien Wohlfahrtspflege, der Selbsthilfeinitiativen und vieler Ehrenamtlicher würde unser Gemeinwesen nicht funktionieren. Die Sozialpolitik bietet Hilfe für diejenigen, die die Unterstützung des Gemeinwesens in besonderer Weise benötigen. Wichtig sind aber auch die Hilfe zur Selbsthilfe und eine aktivierende Sozialpolitik – das müssen wir auf Landesebene immer im Blick haben –, die präventiv handelt und die Menschen in die Lage versetzt, ihre Situation selbst in die Hand zu nehmen.

Drei wesentliche gesellschaftliche Entwicklungen spielen in diesem Zusammenhang eine Rolle. Die eine ist die demografische Entwicklung und die Seniorenpolitik, bei der es unter anderem um die Vermeidung von Altersarmut geht. Die Bayerische Staatsregierung, der Bayerische Landtag und vor allem die CSU-Fraktion haben ein Konzept zur Vermeidung der Altersarmut unter Berücksichtigung der Alterssicherungssysteme entwickelt. Wir wissen, wie zentral das Anliegen für unsere Wirtschaft, für unser Gemeinwesen und vor allen Dingen für jeden Einzelnen und jede Einzelne ist, Altersarmut zu vermeiden.

(Beifall bei der CSU)

Die zweite Entwicklung ist die Globalisierung, die wegen des intensiven Dialogprozesses auch auf Landesebene unter dem Aspekt "Wirtschaft und Arbeit 4.0" eine prägende Rolle spielen wird. Dabei ist ganz klar festzustellen, dass die großen Chancen, die dieser Prozess beinhaltet, was neue Arbeitsplätze und Flexibilisierung anbelangt, genutzt werden müssen. Wir werden diesen Prozess unter Einbeziehung der Wirtschaft, der Unternehmen, aber auch der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen, der Gewerk-

schaften, unterstützen, damit es nicht zu einer Aushöhlung des Arbeitsschutzes und der Arbeitszeitregelung kommt. Wir dürfen nicht zusehen, wenn dieser Prozess zu einer Selbstausbeutung oder einem Abbau von Arbeitsplätzen in weniger qualifizierten Bereichen führen würde. Dies wäre keine gute Antwort. Wir müssen hier die Politik einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft auch in Zukunft unterstützen.

Meine Damen und Herren, es ist notwendig – ich habe das schon im Zusammenhang mit Ihrer Bewertung des Betreuungsgeldes und des Landeserziehungsgeldes ange- sprochen –, die Familienpolitik auf fünf wesentliche Säulen zu stellen. Zum Ersten darf es keine Bevormundung in der Lebensbiografie geben, und die Familien sind in ihren jeweiligen Lebenssituationen finanziell zu unterstützen. Das gilt natürlich auch für die Alleinerziehenden. Wenn gesagt wird, Bayern ist das Familienland Nummer eins, ist das zweifellos in keiner Weise übertrieben. Vergleichen Sie unsere Leistungen mit denen der anderen Länder. Dann wird auch Ihnen deutlich werden, dass in Bayern die beste Familienpolitik in Deutschland gemacht wird.

(Beifall bei der CSU)

Das Zweite ist eine familienfreundliche Kommunalpolitik. Darüber werden wir an anderer Stelle weiter zu diskutieren haben. Mit dem Pakt, den die Staatsregierung unterstützt, wird ein wesentlicher Ansatz zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf geleistet. Ich sage auch: Es ist eine der zentralen Herausforderungen in unserem Gemeinwesen, dass dies gelingt.

Das Dritte ist die Versorgung der Eltern mit Plätzen in Kindertagesstätten. Wir haben mit Ausnahme großer Kommunen, wo seit vielen Jahren Sozialdemokraten die Verantwortung tragen, eigentlich überall eine bedarfsgerechte Versorgung; das muss man klar feststellen. Wo die Verantwortung bei der Union liegt, ist der Ausbau in den letzten Jahren hervorragend gelungen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Im Gegensatz zu dem, was Sie behauptet haben, tut sich gerade in diesem Jahr etwas beim Ausbau und bei der Änderung der Fehlzeitenregelung, was die Randzeiten anbelangt. Es gibt eine unbürokratische Regelung, eine Lösung auch im Kindertagesstättenbereich. Dazu stellen die Einrichtungen und ihre Spitzenverbände ausdrücklich fest, dass es vernünftige Lösungen seien, zum Beispiel der Jahresmittelwert. Das wurde von den Trägerverbänden mitgestaltet und ausdrücklich auch mitgetragen.

Ein weiteres grundsätzliches Thema ist die Flüchtlings-, Integrations-, Migrations- und Asylpolitik. Hierzu möchte ich nur zwei Punkte ansprechen, weil darauf verschiedentlich schon eingegangen worden ist.

Zum einen ist es auch für die kommunale Familie ein großer Erfolg, dass es noch in den letzten Wochen eine Vereinbarung zwischen der Bayerischen Staatsregierung – dem Ministerpräsidenten, der Sozialministerin – und den kommunalen Spitzenverbänden gegeben hat. Dementsprechend wird für die jungen unbegleiteten Minderjährigen und volljährig Gewordenen eine Erstattungsregelung funktionieren.

Dies heißt aber auch, dass wir diesbezüglich auch inhaltlich noch etwas weitergestalten und weiterentwickeln müssen, gemeinsam mit den Trägern, die dazu übrigens vollständig bereit sind. Es ist nicht in jedem Fall Jugendhilfe traditioneller Art notwendig. Mit Jugendwohngemeinschaften und neuen inhaltlichen Konzepten, wie sie von den Trägern auch angeboten werden, wird es eine Zukunft eine effizientere und in dieser Verbindung auch kostengünstigere Regelung geben. Darüber hinaus werden die Kommunen entsprechend entlastet.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang möchte ich einen weiteren Punkt ansprechen: die Begleitung und Beratung von Menschen, die geflüchtet sind. Wir können sehr gute Erfolge feststellen, auch aufgrund der Förderung der Asylsozialberatung. Es ist jetzt aber notwendig, dies für Menschen, die eine Bleibeperspektive haben, weiterzuentwickeln. Das Sozialministerium ist diesen Weg auch gegangen,

den Weg einer Weiterentwicklung von der Asylsozialberatung hin zu einer Migrationsberatung, wofür entsprechender Bedarf vorhanden ist.

Wir müssen auf die Situation reagieren, die sich hier ergibt, damit bei einer Bleibe perspektive die Zielsetzungen gelingen können, etwa hinsichtlich der Förderung der Sprache, der Bildung, der Arbeit und der Integration.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zum vorläufigen Abschluss des Inhaltlichen noch eine Bemerkung zur Politik für Menschen mit Behinderung. Ich finde es, gelinde gesagt, schon merkwürdig – auch wenn das natürlich das Recht der Opposition ist –, wenn Sie einen Ansatz von über 12 Millionen Euro, der ab 2018 zur Umsetzung des Teilblindens- bzw. Schwerstsehbehindertengeldes realisiert wird, schlechtreten, indem Sie darauf hinweisen, das hätte ja früher kommen können und im Übrigen sei das alles nicht ausreichend.

Meine Damen und Herren, wir setzen die Prioritäten so, dass Menschen mit Behinderung im Sinne einer barrierefreien, inklusiven Lösung auch dadurch besser beteiligt werden, dass sie finanziell entlastet werden.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiterer Punkt – das wird für die Zukunft eine Aufgabe sein – ist das Ausführungsge setz zum kommenden Bundesteilhabegesetz. Das ist eine wichtige Aufgabe, an der alle Verbände beteiligt werden. Dies halte ich für dringend notwendig. Ich möchte besonders danken für die Rolle, die die Bayerische Staatsregierung – der Ministerpräsident und die Sozialministerin – zur Entstehung eines guten Gesetzentwurfs zum Bundesteilhabegesetz gespielt haben.

(Beifall bei der CSU)

Abschließend danke ich Sozialministerin Emilia Müller, Staatssekretär Johannes Hintersberger und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, an der Spitze den beiden Ministerialdirektoren Michael Höhenberger und Dr. Markus Gruber, für die hervorragende

Arbeit, die sie leisten und geleistet haben, auch in Zusammenarbeit mit dem Parlament. Vielen Dank dafür!

Ich bitte, wie auch Herr Kollege Fackler, um Zustimmung zum Sozialhaushalt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben drei Zwischenbemerkungen. Zunächst folgt Frau Kollegin Celina, dann Frau Kollegin Müller und danach Herr Kollege Dr. Fahn.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Unterländer, ich beginne mit dem letzten Punkt, dem Teilblindengeld. Das hätte nicht früher kommen können, es hätte früher kommen müssen. Sie haben das schon vor Jahren versprochen, und zwar vor der letzten Wahl. Jetzt kommt es knapp vor der nächsten Wahl. Weitere Interpretationen erspare ich mir jetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Thema Frauenhäuser: Ja, Sie fördern jetzt endlich auch ein kleines bisschen proaktive Beratung, in minimalem Umfang. Dass wir mehr gefordert haben, wissen Sie. Gleichzeitig lassen Sie die Frauen, die im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt beraten werden, vor den Frauenhäusern im Regen stehen.

Bei der Sternstunden-Gala klatschen Sie, wenn anderswo um zusätzliche Spenden für diesen Bereich gebettelt wird. Sie hingegen verschieben das Thema von Jahr zu Jahr immer weiter in die Zukunft. Das ist schofelig. Ich finde, wir schreiben hier keinen Science-Fiction-Roman, sondern einen Haushaltsplan für nächstes Jahr.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Joachim Unterländer (CSU): Wenn ich mit den Frauenhäusern beginnen darf: Die Bedarfsermittlungsstudie ist eine wichtige Grundlage. Sie soll dazu führen, dass ein

Konzept weiterentwickelt wird. Das haben wir im Parlament einstimmig beschlossen, Kollege Vogel. Das ist aber ein Konzept, das nicht ohne Einbeziehung der Träger und auch der kommunalen Spitzenverbände funktioniert, weil die Kommunen eigentlich zuständig sind.

Sie können natürlich nicht wissen, wie das Regierungsgeschäft geht, aber es ist eben notwendig, dass man verhandelt, bevor man zu einem Ergebnis kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das gilt gerade in dieser Frage, wenn Kommunen, kommunale Spitzenverbände und Träger der Freien Wohlfahrtspflege beteiligt sind und man zu einer einvernehmlichen Lösung kommen muss. Dies ist hier der Fall.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber Sie haben das doch in der Hand über die Finanzmittel! – Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte etwas Ruhe! – Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Frau Kollegin Müller gemeldet.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Jetzt kommt die Verlängerung!)

Joachim Unterländer (CSU): Ich war ja noch gar nicht fertig!

(Heiterkeit)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Müller, Sie sind dran.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege Unterländer, auch ich wollte noch einmal das Thema Frauenhäuser ansprechen. Wir haben einen entsprechenden Haushaltsantrag gestellt, der begeht, dass Sie endlich die Mittel erhöhen. Sie haben gesagt, Sie müssten verhandeln. Wir fordern Sie auf zu handeln.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Es mag schon sein, dass die Kommunen davon betroffen sind, aber Tatsache ist doch auch – wir hatten erst am Montag in meinem Landkreis Landshut Kreisausschusssitzung –, dass die Kommunen nun wieder Geld drauflegen, damit die Frauenhäuser personell besser ausgestattet werden.

Wir haben die Situation, dass die Plätze nicht reichen. Jede zweite Frau in Bayern wird abgewiesen, wenn sie einen Platz im Frauenhaus sucht. Wir haben die Situation, dass die Verweildauer in den Frauenhäusern zu lang ist, weil eben keine bezahlbaren Wohnungen vorhanden sind. Umso mehr Frauen müssen abgewiesen werden.

In den letzten zwei Jahren habe ich rund die Hälfte der bayerischen Frauenhäuser besucht. Es ist kein Einzelfall, was geschildert worden ist. Das ist uns überall so geschildert worden. Da würde ich mir wirklich mehr erwarten als nur den Verweis auf diese Studie und auf die Konzeptplanung. Die Studie liegt jetzt seit Februar vor.

Wir würden wirklich erwarten, dass Sie ein Herz für die Frauen und Kinder in Not haben und dass Sie die Frauenhäuser, die mit sehr viel ehrenamtlichem Engagement arbeiten, finanziell endlich so ausstatten, dass es für das reiche Land Bayern dem entspricht, was Ihr Haushaltsminister vorhin gesagt hat: Dieser Haushalt sei eine Weichenstellung, sei ein hervorragender Haushalt. So ist er mit lauter Superlativen gekennzeichnet worden.

Machen Sie das doch zur Wirklichkeit, wenn es um Frauen und Kinder in Not geht. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass in unserem Bayern jedes Jahr 140.000 Frauen misshandelt werden und Schutz vor Gewalt suchen. Diesen Frauen sollten wir die Zuflucht nicht verwehren.

(Beifall bei der SPD)

Joachim Unterländer (CSU): Erstens werden die Mittel aufgestockt.

(Zuruf von der CSU: So ist es!)

Zweitens – ich darf es wiederholen – ist es doch notwendig, Erkenntnisse, die es aus dieser Bedarfsermittlungsstudie gibt, auch entsprechend in das Konzept mit einzuarbeiten,

(Ruth Müller (SPD): Das haben wir doch! 35 % zu wenig Plätze!)

damit das umgesetzt wird.

Drittens stellen wir fest, dass die Zahl der Plätze ein Thema der Bedarfsermittlungsstudie ist.

(Ruth Müller (SPD): Die Plätze können Sie doch schon einmal schaffen!)

Daneben werden aber auch Fragen zur inhaltlichen Arbeit gestellt. Beim Bedarf an Plätzen ist völlig klar, dass wir noch nachjustieren müssen. Bevor das Konzept umgesetzt ist, sind Ihre Anträge in die Kategorie Effekthascherei einzuordnen.

(Dr. Simone Strohmehr (SPD): Seit zehn Jahren! – Dr. Paul Wengert (SPD): Reden Sie sich doch nicht raus!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte etwas Ruhe! Sind Sie fertig? – Dann kommt die nächste Zwischenbemerkung. Herr Dr. Fahn, jetzt sind Sie an der Reihe.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Es geht mir noch einmal um die Kostenerstattung für junge Flüchtlinge im Alter zwischen 18 und 21 Jahren. Die Regelung haben Sie jetzt als guten Erfolg verkauft, aber Sie wissen, dass die Kosten nur zu einem Drittel erstattet werden. Alle anderen Bundesländer erstatten die Kosten voll. Das wissen Sie. Deshalb meine konkrete Frage: Kann ich meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass Sie oder die CSU-Staatsregierung die Förderung noch einmal erhöhen und die Kosten voll erstatten, wie es in allen anderen Bundesländern der Fall ist?

Meine zweite Frage: Es geht auch um eine Kostenreduzierung. Das ist schon klar. Statt einer pauschalen Kostenerstattung sollte eine bedarfsgerichtete und zielgerichte-

te Steuerung erfolgen, um Kosten zu senken. Haben Sie dazu schon konkrete Vorschläge? Das wäre auch ein wichtiges Zukunftsthema, das wir besprechen sollten.

Joachim Unterländer (CSU): Erstens hat sich bei den Zahlen, die von den Kostenerstattern vorgelegt wurden, eine erhebliche Abweichung von der Realität gezeigt, so dass nachjustiert werden musste. Wir müssen deshalb das Zahlenmaterial korrekt aufarbeiten. Zuvor kann man nicht sagen, wie hoch der Anteil ist, den wir zusätzlich brauchen.

Zweitens sind 112 Millionen Euro, die der Freistaat Bayern in dem Zusammenhang übernimmt, eine Menge Geld. Die Kommunen als Träger der Jugendhilfe, die Bezirke als Kostenerstatter und der Freistaat Bayern als oberste Jugendhilfeinstanz sind gemeinsam gefordert, an einem Konzept zu arbeiten, das bedarfsgerecht ist und den Personenkreis der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge berücksichtigt, wenn sie volljährig geworden sind. Dazu sollen die Kosten effizient gestaltet werden.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Staatsministerin, wir haben es im Ausschuss schon getan und werden es hier wieder tun: Wir danken Ihnen und Herrn Staatssekretär Hintersberger für Ihre engagierte Arbeit. Sie haben ein schweres Jahr hinter sich. Ihr Ministerium ist sicher das schwierigste Ministerium. Das wird von uns ausdrücklich anerkannt. Ich danke auch meinen beiden Kollegen im Sozialausschuss, Dr. Hans Jürgen Fahn und Gabi Schmidt, die ebenfalls sehr engagiert waren und deren Arbeit sehr zeit- und kraftraubend war. Die Aufgaben waren entsprechend groß.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, dass Sozialpolitik in diesem Haus anders als in anderen Parlamenten weniger ideologisch betrieben wird, sondern so, wie

es eigentlich sein muss, nämlich als Hilfe für wirklich Bedürftige in der Gesellschaft. Es werden praktische Lösungen gefunden, Probleme werden effektiv gemeistert, und der Zusammenhalt in der Gesellschaft wird gestärkt. Wir FREIE WÄHLER sehen insbesondere die Menschen vor Ort, die kommunalen Mandatsträger, aber auch die Ehrenamtlichen in der Pflicht und in der Verantwortung. Deswegen ist ein besonderer Schwerpunkt unserer Arbeit – Kollege Hans Jürgen Fahn wird nicht müde, das immer und immer wieder einzufordern – die Stärkung des Ehrenamts und die Unterstützung der Ehrenamtlichen.

Eine ganz besondere Herausforderung haben wir derzeit bei den Flüchtlingen zu bewältigen. Lieber Kollege Fackler, über die Frage einer Obergrenze brauchen wir hier nicht zu diskutieren. Sie soll dort geklärt werden, wo sie geklärt werden kann und wo Sie auch politische Verantwortung tragen. Wir im Bayerischen Landtag und in den Kommunen müssen uns mit den Konsequenzen und Folgen beschäftigen. Es ist nun einmal Fakt, dass die Menschen da sind. Sie haben einen Anspruch darauf – das gebietet schon die Menschenwürde –, dass wir uns anständig um sie kümmern. Dafür wird vonseiten des Ministeriums hervorragend gearbeitet, anders, als man es häufig an Stammtischen von Ihrer Seite hört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben in der letzten Woche sehr ausführlich – das war nicht Ihre Schuld – über ein Gesetz zur Einführung einer Leitkultur gesprochen. Integrationsgesetz wird dieses Gesetz genannt. Machen Sie es, wie Sie es meinen. Die Wertevermittlung – darum geht es doch – können Sie nicht durch ein Gesetz festlegen, sie muss vor Ort in den Kommunen, begleitet von unseren Signalen, durch die Lehrer, die Bildungsträger usw. erfolgen. Da haben wir praktische Aufgaben, und die sind wichtiger, als nächtelang über Begrifflichkeiten zu streiten.

In diesem Zusammenhang haben wir einen besonderen Schwerpunkt gesetzt. Wir wollten die Bezirke im Umfang von 150 Millionen Euro von den Kosten für unbegleitete

Volljährige entlasten. Immerhin ist dank des Engagements der FREIEN WÄHLER, aber auch dank des Drucks der Bezirke etwas in Bewegung gekommen. In letzter Sekunde wird wenigstens ein Drittel der Kosten erstattet. Aus unserer Sicht ist das zwar zu wenig, immerhin ist es aber ein erster Schritt. Herr Kollege Fackler, Sie haben gesagt, die Bezirke sollten die Bezirksumlage senken. Das ist richtig. In Schwaben, woher wir beide kommen, haben die FREIEN WÄHLER einen Antrag auf Senkung der Bezirksumlage gestellt. Sie wollten 1 % weniger. Die CSU hat den Antrag leider abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zwei wichtige Punkte bleiben mir noch. Der eine ist die Barrierefreiheit. Hier geht es ganz besonders um Menschen, die benachteiligt sind, die in der Tat unsere Hilfe brauchen. Für sie haben wir nicht im Einzelplan 10, sondern in den Einzelplänen 03 A, 03 B und 13 die Schwerpunkte gesetzt. Dabei geht es um Mobilität, um barrierefreie Bahnhöfe und um den Zugang in öffentlichen Gebäuden.

Lassen Sie mich als Allerletztes noch einen Gedanken sagen, nachdem Sie, Frau Staatsministerin, und ich dem Stiftungsrat des Sudetendeutschen Museums angehören.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich freue mich, dass wir dieses Projekt endlich auf den Weg gebracht haben. Das Sudetendeutsche Museum wird zusammen mit den Regionalmuseen, dem Egerland-Museum und dem Isergebirgs-Museum einen wichtigen Beitrag für die Geschichte dieser Volksgruppe, die Bayern so vorangebracht hat, leisten.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Fangen wir bei dem Thema an, das uns allen sehr am Herzen liegen

sollte, nämlich bei der guten Förderung und Betreuung unserer Kinder in den Kindergärten und Kinderkrippen. Fangen wir mit einem Wahlversprechen aus dem Jahr 2013 an. Danach sollten längere Öffnungszeiten in den Kitas extra gefördert werden. Dieses Wahlgeschenk wurde dann unterfinanziert eingeführt. Es wurde großartig verkauft, aber bald wieder eingestellt, weil die Mittel nicht gereicht haben. In diesem Doppelhaushalt taucht es gar nicht mehr auf. Dabei sind aber sehr viele Menschen wegen ihrer Arbeitszeiten auf längere Öffnungszeiten angewiesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den Verkäuferinnen, Schichtarbeiterinnen, Polizistinnen und Polizisten müssen Sie entgegenkommen. Sie müssen längere Öffnungszeiten ermöglichen. Die Einrichtungen, die Kinderbetreuung anbieten, bedürfen auch generell einer besseren Förderung; sonst kommen die benötigten Einrichtungen für die Eltern mit ihren Kindern nicht.

Herr Kollege Unterländer, Sie haben so schön gesagt, dass die Kitas doch alle ausgebaut würden. Das steht im Widerspruch zu dem, was mir Eltern aus dem weiteren Umland der großen Städte sagen. Viele dieser Eltern streben einen Platz in einer städtischen Kita an, damit sie die Chance haben, das Kind nach Arbeitsende abzuholen. Das ist in vielen Kitas, vor allem in denen im Umland, nicht möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen unbedingt mehr Qualität in den Kitas. Mehr Qualität erfordert mehr Personal; das ist ganz klar. Die Anforderungen an die Kitas sind in den vergangenen 10 Jahren gestiegen – niemand bezweifelt es –, ohne dass dies allerdings in nennenswertem Umfang bei der Festlegung des Mindestanstellungsschlüssels und der Förderfaktoren berücksichtigt worden wäre.

(Joachim Unterländer (CSU): Das stimmt nun wirklich nicht!)

Insoweit brauchen wir weitergehende Maßnahmen. Wir fordern Erhöhungen des förderrelevanten Mindestanstellungsschlüssels und des Basiswertes, damit all diejeni-

gen, die Erzieherinnen und Erzieher geworden sind, um sich möglichst gut um Kinder zu kümmern, dies tatsächlich leisten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch unsere Forderung in Bezug auf Kinderkrippen ist klar: Für diese muss erst einmal ein verbindlicher Mindestanstellungsschlüssel festgelegt werden. Er sollte wenigstens bei 1 : 5 liegen; sinnvoller wäre ein Schlüssel von 1 : 4.

Wir brauchen generell den Einstieg in die Verbesserung der Qualität von Kitas. Um diesen zu erreichen, schlagen wir sinnvolle – und ich möchte sagen: bescheidene – erste Schritte vor. Wir hoffen, dass unsere Änderungsanträge doch noch Ihre Zustimmung finden und umgesetzt werden können. Die Zustimmung dürfte Ihnen auch deshalb nicht schwerfallen, weil die Maßnahmen, die wir vorschlagen, komplett gegenfinanziert sind. Wir sagen: Betreuungsgeldgeschenke und Landeserziehungsgeld setzen falsche familienpolitische Rahmenbedingungen. Wir können das Geld nicht verschenken, sondern wir brauchen es dringend zur Hebung der Qualität in unseren Einrichtungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch die Jugendarbeit muss besser finanziert werden. Herr Unterländer, Sie haben den jüngst geschlossenen Kompromiss erwähnt. Der Freistaat hat sich etwas bewegt. Bisher verweigerte Bayern als einziges Bundesland – das muss man sich vorstellen! – die komplette Refinanzierung der Jugendhilfe für volljährig gewordene Jugendliche. Nach vehementen Protesten der kommunalen Spitzenverbände hat sich die Staatsregierung wenigstens etwas bewegt. Aber eine komplette Refinanzierung bedeutet das noch nicht. Der Förderfaktor ist so festgelegt, dass allenfalls ambulante Betreuungsmaßnahmen gewährleistet werden können. Ob dies in jedem Fall ausreichend ist, darf bezweifelt werden. Zudem gibt es die Beschränkung auf ein Jahr. – Bewegen Sie sich weiter! Es ist nicht sachgerecht, diese Kosten auf die kommunale Ebene abzuwälzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist nicht richtig, auf eine Standardabsenkung bei der Jugendhilfe zu drängen, um die Kosten zu senken. Jugendhilfe muss nach dem individuellen Förderbedarf gewährt werden. Sie darf nicht dem Motto folgen: "Die billigste Maßnahme soll gewinnen."

Ich nenne einige weitere Bereiche, die auch nach Verabschiedung des Doppelhaushalts chronisch unterfinanziert bleiben. Dazu gehört die Präventionsarbeit. Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus ist aber besonders notwendig, da wir insoweit ein massives Problem in Bayern haben. Mit unserem Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 17/12805, zum Finanzausgleichsänderungsgesetz also, möchten wir erreichen, dass die Höhe der Landesmittel der Höhe der Bundesmittel angeglichen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist ein Armutszeugnis, dass ausgerechnet Bayern nur den Mindestbetrag zur Kofinanzierung der Bundesmittel zahlt. Das ist eine Besonderheit. Sie von der CSU und der Staatsregierung sollten in sich gehen und eine Förderung wenigstens in Höhe der Bundesmittel zusagen. Es muss doch unser aller Ziel sein, dass es mehr mobile Beratung, mehr Opferberatung, mehr zivilgesellschaftliche Aussteigerarbeit, mehr Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern darf nicht den letzten Platz belegen, wenn es darum geht, einen Eigenanteil zur Förderung zivilgesellschaftlicher Arbeit zu leisten. Ermöglichen Sie den Ausbau der zivilgesellschaftlichen Präventionsarbeit! Erhöhen Sie den Eigenanteil!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Welche Maßnahmen sind noch chronisch unterfinanziert, obwohl sie dringend notwendig sind? – Was haben wir in der vergangenen Woche alles gehört, als es darum ging, wie wichtig die Beherrschung der Sprache ist! Wie sieht es in der Realität mit den Sprachkursen aus? – Derzeit haben viele Flüchtlinge überhaupt nicht die Chance, einen Sprachkurs zu besuchen. Der Bund stellt für entsprechende Programme Mittel zur Verfügung. Es gibt auch ergänzende Programme der Länder. Wie verhält sich Bayern? – Der Freistaat hat im Jahr 2016 17 Millionen Euro für Sprachkurse und für Sprachförderung allgemein ausgegeben. Wie viele Mittel sind im Haushalt für 2017 dafür vorgesehen? – Nur noch 8 Millionen Euro. Das ist knapp die Hälfte! Im Jahr 2018 sollen es nur noch 3 Millionen Euro sein. Es kommt hinzu, dass diese Mittel nicht nur für die Sprachförderung, sondern auch für die Wertevermittlung verwendet werden sollen. Wenn Sie nur so wenige Mittel bereitstellen wollen, hätten Sie ein Integrationsgesetz gar nicht erst verabschieden müssen. Mit diesen Mitteln werden weder Sprache noch Werte vermittelt werden können, obwohl das doch wichtige Integrationsziele sind. Dieser Haushaltsansatz muss korrigiert werden. So geht es nicht, so kommen wir nicht weiter. Dafür brauchen Sie auch keine Gesetze zu schreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist noch chronisch unterfinanziert? – Die Asylsozialberatung. Frau Ministerin, für das Jahr 2016 standen im Haushalt dafür 30 Millionen Euro zur Verfügung. Dennoch hat ein Sozialberater im Durchschnitt 190 Personen zu beraten. Stellen Sie sich einmal vor, Sie hätten die Aufgabe, 190 Flüchtlinge zu beraten. Ich finde, das ist eine sehr sportliche Aufgabe.

In manchen Einrichtungen ist es noch schlimmer. Ich war vor Kurzem in Bamberg und habe mir die Situation in der dortigen Einrichtung angeschaut. 700 Menschen wurden nach ihrem Grenzübertritt dorthin gebracht; das sind gerade angekommene Flüchtlinge. Über andere 400 Flüchtlinge wurden aus irgendwelchen Gemeinschaftsunterkünften nach Bamberg verlegt, um die Verfahren quasi zu Ende zu bringen. Insgesamt sind es circa 1.100 Menschen. Schätzen Sie einmal, wie viel Asylsozialarbeit dort ge-

leistet werden kann. – Derzeit stehen drei – drei! – Vollzeitstellen zur Verfügung, um 1.100 Menschen, die entweder gerade angekommen sind oder in einer Situation stecken, in der sie sich neu orientieren müssen, zu beraten. Diese drei Vollzeitstellen reichen natürlich hinten und vorne nicht aus. So kommen wir nicht weiter.

Sie haben zwar gesagt, notwendig sei ein Wechsel von der Asylsozialarbeit hin zur Migrationsarbeit. Aber Ihr Ansatz rechnet sich nicht. Einerseits halbieren Sie die für die Asylsozialarbeit vorgesehenen Mittel im Verlauf von zwei Jahren. Andererseits sehen Sie für die Migrationsarbeit nur 3 Millionen Euro mehr vor. Wenn 15 Millionen Euro gestrichen und 3 Millionen Euro dazugegeben werden, dann ist das Ergebnis: Insgesamt deutlich weniger Beratung.

Es ist doch sicherlich auch Ihr Ziel, die anerkannten Flüchtlinge aus den Gemeinschaftsunterkünften in Wohnungen zu bringen. Auch Sie wollen doch sicherlich erreichen, dass berufliche Defizite ausgeräumt werden. All das gelingt nur, wenn mehr Migrationsberater zur Verfügung stehen, damit mehr Unterstützung geleistet werden kann.

Für gelingende Integration brauchen wir auch eine bessere Zusammenarbeit mit dem Ehrenamt; Frau Landtagspräsidentin Stamm hat dies auf dem Empfang deutlich gesagt. Die Ehrenamtlichen sehen sich aber mit einer überbordenden Bürokratie konfrontiert.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, beachten Sie bitte: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Christine Kamm (GRÜNE): Selbstverständlich beachte ich das. – Ich erinnere an das bürokratische Monstrum der Wohnsitzzuweisung.

Ich sage Ihnen: Wenn Sie Integration wirklich erreichen wollen, dann schaffen Sie nicht viele bürokratische Regeln, die nur viel Geld kosten! Arbeiten Sie stattdessen besser mit den Ehrenamtlichen zusammen!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Alles spitze in Bayern. – Ich kann es einfach nicht mehr hören. Lassen Sie doch einmal die Kirche im Dorf!

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege, Sie reden von Bevormundung der Familien. Sie wissen ganz genau, dass das Betreuungsgeld von sehr vielen Familien nur als Übergangsgeld genommen wird, und zwar genau bis zu dem Zeitpunkt, an dem sie einen Kita-Platz bekommen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Und warum? – Weil in Bayern 20.000 Kita-Plätze fehlen, um den Bedarf wirklich zu befriedigen.

(Beifall bei der SPD)

Warum fehlen diese Kita-Plätze? – Nicht nur, weil vielleicht manche Kommunen mit dem Ausbau nicht mehr zureckkommen, sondern sie fehlen auch, weil uns definitiv die Erzieher fehlen. Wieso fehlen uns die Erzieher? – Weil die Rahmenbedingungen in den Kitas einfach nicht so sind,

(Beifall bei der SPD)

dass Erzieher in diesem Beruf lange verbleiben möchten. Deshalb wäre es endlich einmal erforderlich, dass wir an den Rahmenbedingungen etwas verändern, dass wir für Erzieher und für Kinder an der Qualität etwas verändern. Dies geht bis hin zur besseren Bezahlung des pädagogischen Fachpersonals. So sieht es doch aus. Bleiben wir doch hinsichtlich der Situation in Bayern einfach einmal bei der Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben gesagt, in Bayern würde so viel in den Kita-Bereich investiert werden. – Ja, es war viel, weil Bayern auch sehr weit unten anfangen musste. Im Bundesvergleich sind wir auch da nicht spitze; denn Bayern lag, zumindest an den aktuellen Zahlen von 2014 gemessen, mit seiner Investitionskostenförderung für Kinder unter sechs Jahren fast 300 Euro unter dem Bundesdurchschnitt. Auch das ist die Wahrheit.

Die Gelder für die Randzeitförderung waren im ersten Quartal aufgebraucht. Daran sehen Sie, wie groß die Nachfrage nach Randzeitförderung war.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Doris Rauscher (SPD): Die Gelder, die notwendig gewesen wären, um ein ganzes Jahr durchzufinanzieren, wurden nicht eingestellt. Sehen Sie einfach ein, dass in Bayern nicht nur Milch und Honig fließen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Staatsministerin Müller.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst all den Kollegen ein Dankeschön sagen, die im sozialen Bereich tätig sind, allen voran dem Vorsitzenden des Sozialausschusses, Joachim Unterländer. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der laufende Haushalt 2016 ist von der Flüchtlingskrise geprägt. Ich brauche nicht zu sagen, was wir im letzten Jahr alles geleistet haben, was im letzten Jahr alles geschultert worden ist. Viele tausend Menschen kamen bei uns in Bayern an. Geblieben sind 160.000 Menschen; sie haben bei uns eine Unter-

kunft gefunden. Wir haben die Asylbewerber mit einer enormen Kraftanstrengung untergebracht und versorgt.

Ich will an den 12. September erinnern. Herr Pfaffmann, können Sie sich erinnern?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wer? Wir?)

Am Hauptbahnhof in München sind 13.000 Menschen angekommen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Bestimmt nicht die Staatsregierung!)

All diese Menschen, die bei uns angekommen sind, haben eine feste Unterkunft bekommen und mussten im letzten Winter nicht im Freien übernachteten.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Deswegen wäre einmal ein Dank an die Stadt München angebracht!)

Das war eine gemeinsame Leistung von vielen Ehrenamtlichen, Hauptamtlichen, Hilfsorganisationen, den Kommunen und dem Freistaat Bayern. Dafür danke ich ganz besonders.

(Beifall bei der CSU)

Selbstverständlich waren die Landeshauptstadt München, aber auch Passau, Niederbayern und Oberbayern enorm in Anspruch genommen. Das war eine gesamtgesellschaftliche Leistung. Diese Leistung hat aber auch eine finanzielle Kraftanstrengung nötig gemacht. Der Sozialhaushalt ist daher 2016 auf knapp 7 Milliarden Euro angestiegen.

In den beiden kommenden Jahren wollen wir den Sozialhaushalt wieder stabilisieren. Für das Jahr 2017 sind rund 6,32 Milliarden Euro und für das Jahr 2018 rund 6,25 Milliarden Euro vorgesehen. Das bedeutet, dass der Sozialhaushalt im Vergleich zu 2016 insgesamt um circa 640 Millionen Euro im nächsten Jahr und um etwa 710 Millionen Euro im Jahr 2018 sinken soll.

In diesem Haushalt können wir die Ausgaben für die Unterbringung der Asylbewerber deutlich senken. Dies liegt natürlich daran, dass der Zugang an Asylbewerbern seit dem letzten Frühjahr absolut zurückgegangen ist. Die Balkanroute ist geschlossen. Der Brenner ist nach wie vor einigermaßen zu. Deswegen verzeichnen wir auch weniger geflüchtete Menschen bei uns. Die Absenkung der Ausgaben liegt auch daran, dass wir die Unterbringung von Asylbewerbern konsolidieren und zu nachhaltigen Strukturen umsteuern. Dazu gehört auch, dass wir im letzten Jahr aus allen Unterkünften des Notfallplans ausgestiegen sind und dass wir derzeit umsteuern.

In 2017 und 2018 können wir so für die Unterbringung der Asylbewerber jeweils über 1 Milliarde Euro weniger als in 2016 veranschlagen. Ich sage noch einmal: Das ist nur darauf zurückzuführen, dass es eine Begrenzung gab und dass der Zuzug geringer ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat Bayern entlastet seine Kommunen bei der Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Wir erstatten alle Kosten der Unterbringung. Wir rechnen mit den Kommunen spitz ab. Wenn jemand etwas anderes sagt, ist dies ganz einfach falsch.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Nicht die Personalkosten!)

Der Freistaat wird die Kommunen in den kommenden Jahren auch bei der Versorgung der rund 10.500 Minderjährigen und jungen Volljährigen ganz erheblich unterstützen, die derzeit in Bayern im Rahmen der Jugendhilfe betreut werden. Wir werden die bei der Jugendhilfe entstehenden Kosten für alle unbegleiteten Minderjährigen übernehmen, und zwar unabhängig vom Aufenthaltsstatus, also auch für die anerkannten Minderjährigen. Außerdem beteiligt sich der Freistaat – darüber ist heute schon mehrfach diskutiert worden – in den Jahren 2017 und 2018 in einer Größenordnung von 112 Millionen Euro an den Jugendhilfe-Ausgaben für junge Volljährige. Ich möchte ganz klar betonen: Darauf haben sich der Staat und die Kommunen verständigt. Damit ist unter anderem auch bei den Bezirken die Erhöhung der Bezirksumlage passé.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben für Juni/Juli nächsten Jahres eine Revision vorgesehen. Wir werden uns ansehen, wie sich alles entwickelt hat, und dann reden wir weiter. Ich möchte aber trotzdem sagen, dass wir die Hälfte der derzeitigen Kosten übernehmen, nämlich 40 Euro pro Tag und pro Person, und im Jahr 2018 30 Euro. Dazu muss man schon in aller Deutlichkeit sagen: Wir investieren hier eine ganze Menge an Geld für junge Volljährige.

(Beifall bei der CSU)

Dazu hat die CSU-Fraktion heute einen Änderungsantrag eingebracht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Rückgang des Sozialhaushalts bedeutet nicht, dass wir an der sozialen Infrastruktur in Bayern sparen – ganz im Gegenteil: Der Sozialhaushalt 2017/2018 setzt wichtige Impulse und richtige Schwerpunkte, liebe Frau Celina. Wir erhöhen unsere Investitionen für Arbeit, Familie und Soziales sogar um circa 150 Millionen Euro im Jahr 2017 und um mehr als 300 Millionen Euro im Jahr 2018.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der bayerische Arbeitsmarkt – das ist in mehreren Diskussionsrunden angesprochen worden – ist in einer hervorragenden Verfassung. Die Arbeitslosenquote ist mit rund 3,2 % auf einem historischen Tiefstand. Aktuell können 55 der insgesamt 96 Landkreise und kreisfreien Städte eine Arbeitslosenquote von unter 3 % vorweisen.

(Beifall bei der CSU)

Der Landkreis Eichstätt liegt mit einer Quote von 1,3 % bundesweit an der Spitze. In Bayern herrscht damit praktisch Vollbeschäftigung. Vor allem junge Menschen haben für einen gelingenden Berufsstart so gute Chancen wie in keinem anderen Bundesland. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle das Verhältnis von Bewerbern zu angebotenen Ausbildungsplätzen mitteilen. In Bayern beträgt das Verhältnis 1 : 10,6 und in der Bun-

desrepublik im Durchschnitt 1 : 2,1. Daran sieht man, dass wir die Jugendarbeitslosigkeit in Bayern erfolgreich bekämpft und auch besiegt haben.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen diese gute Lage nutzen, um die Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen und um leistungsschwächere Jugendliche und Menschen mit Behinderung weiterhin in den Arbeitsmarkt zu integrieren und ihnen eine Chance zu eröffnen. Mir ist wichtig, dass niemand verloren geht. Ich möchte, dass alle gefördert werden. In den Jahren 2017/2018 investieren wir über 200 Millionen Euro in die Arbeitsmarktintegration und in die berufliche Aus- und Weiterbildung.

Meine Kolleginnen und Kollegen, die Staatsregierung legt traditionell einen besonderen Schwerpunkt auf die familienpolitischen Leistungen. Diese sind vorhin schon angesprochen worden. Wir stellen 39 % des Sozialhaushaltes für familienpolitische Leistungen bereit. Das sind über 4,9 Milliarden Euro im Doppelhaushalt. Wir fördern die ganze Vielfalt der Familienmodelle. In Bayern stehen wir vor allem für die Wahlfreiheit für Familien. Bei uns ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer ein zentrales Thema. Deswegen haben wir den Familienpakt mit der Wirtschaft geschlossen.

(Beifall bei der CSU)

Vor Kurzem konnten Ilse Aigner und ich 20 Unternehmen in Bayern auszeichnen. Diese sind erfolgreich familienfreundlich. Die Unternehmen sehen dies auch als Wettbewerbsvorteil. Wir investieren weiterhin massiv in die Kinderbetreuung. Damit unterstützen wir die Kommunen in Bayern. Alleine dafür stellen wir rund 1,9 Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung. Liebe Frau Kamm, den Basiswert haben wir übrigens im letzten Jahr um 62 Millionen Euro erhöht. Das Gleiche haben die Kommunen getan. Das sind über 120 Millionen Euro für die Träger. Das ist eine gewaltige Leistung.

(Beifall bei der CSU)

Wir übernehmen 52 % der Betriebskosten der Kindertageseinrichtungen. Das macht auch kein anderes Bundesland, wenn ich das mal sagen darf. Kein anderes Land hat so viele Landesmittel in den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren investiert.

(Christine Kamm (GRÜNE): Ja, weil der Nachholbedarf so hoch war!)

Zu denjenigen, die immer behaupten, dass zu wenige Plätze vorhanden seien, sei Folgendes gesagt: Der Nachholbedarf besteht bei den SPD-regierten Großstädten. Die Großstädte müssen dazu gebracht werden zu investieren.

(Beifall bei der CSU)

Bis Ende 2018 werden wir insgesamt 3,3 Milliarden Euro in die Förderung des laufenden Betriebs unserer Kindertageseinrichtungen stecken. Die Eltern erwarten zu Recht, dass ihre Kinder in den Kindertageseinrichtungen gut betreut und altersgerecht gefördert werden. Deshalb werden wir auch weiterhin in die Qualität der Kindertageseinrichtungen und der Tagespflege investieren. Gemeinsam mit den Kommunen haben wir bereits viel erreicht. In den Kitas wurde unter anderem für mehr Personal und kleinere Gruppen gesorgt. Im bayernweiten Schnitt haben wir ein Personal-Kind-Verhältnis von 1 : 4 bei den Kindern unter drei Jahren und von 1 : 8,8 bei den Kindern über drei Jahren. Daran wollen wir anknüpfen. Die Verbesserung der Betreuungsqualität hat für uns Vorrang vor einer weiteren Beitragsentlastung der Eltern. Nach den neuesten Umfragen erwarten die Eltern genau das von uns. Sie sind bereit, etwas zu bezahlen, wenn die Qualität stimmt und gewährleistet ist.

Unsere Kindertageseinrichtungen sind auch zentrale Orte der Integration. Daher fördern wir sie bei dieser Aufgabe gezielt. Die Kindertagesstätten erhalten für alle Kinder, deren Eltern nicht deutschsprachiger Herkunft sind, eine um 30 % höhere Förderung. Zusätzlich unterstützen wir die Kommunen durch ein spezielles Förderprogramm zur Integration von Kindern von Asylbewerbern in Kindertageseinrichtungen mit bis zu 6 Millionen Euro. Außerdem finanzieren wir die Vorkurse "Deutsch 240". Daneben in-

vestieren wir in die Weiterbildung unserer Erzieherinnen und Erzieher, auch zum Thema Integration.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir fördern damit unter anderem auch die interkulturelle Kompetenz. Diese ist letzte Woche sehr oft thematisiert worden. Bayern fördert alle Familienmodelle. Wir stehen nicht nur hinter einer guten Kinderbetreuung, sondern auch hinter dem Betreuungsgeld.

(Beifall bei der CSU)

Für uns ist das kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch. Das Betreuungsgeld wird von den Eltern in Bayern sehr gut angenommen. Das ist bereits mehrfach angeführt worden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

73 % der berechtigten Eltern stellen einen Antrag auf Betreuungsgeld. Bereits Mitte November habe ich persönlich den einhunderttausendsten Betreuungsgeldbescheid übergeben können. In anderen Bundesländern beklagen sich Eltern darüber, dass sie anders als in Bayern für den Übergang von der häuslichen Betreuung zur Krippe kein Geld erhalten und ihre Erziehungsleistung damit nicht anerkannt wird. Daher führen wir in Bayern das Betreuungsgeld weiter. Wir veranschlagen dafür 220 Millionen Euro für das Jahr 2017 und 230 Millionen Euro für das Jahr 2018. Außerdem wollen wir im unmittelbaren Anschluss an das Elterngeld das Landeserziehungsgeld stärken. Rund 40 % der Eltern profitieren derzeit vom Landeserziehungsgeld.

(Beifall bei der CSU)

Ab dem Jahr 2017 heben wir die Einkommensgrenzen an, und zwar für Alleinerziehende von 22.000 auf 31.000 Euro und für Paare von 25.000 auf 34.000 Euro. Auch

die zusätzlichen Leistungen ab dem zweiten Kind heben wir an. Damit können wir noch mehr Familien unterstützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Frauenbeauftragte der Staatsregierung bin ich besonders froh darüber, dass wir mit einem Antrag der CSU-Fraktion für ein neues Gesamtkonzept zum Schutz von Frauen vor Gewalt und für die Frauenhäuser mit zusätzlich 200.000 Euro unterstützen können.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir unterstützen damit den proaktiven Ansatz. Damit unterstützen wir auch die Kommunen. Derzeit sind wir dabei, ein Gesamtkonzept mit den Kommunen zu erarbeiten.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Entschuldigen Sie, Frau Staatsministerin. – Kolleginnen und Kollegen, im Saal gibt es ein zu lautes Grundrauschen. Ich bitte um mehr Ruhe. Bitte lassen Sie die Staatsministerin noch in Ruhe ausreden. Danke schön.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Vielen Dank, Frau Präsidentin, das tut auch meiner Stimme gut.

Liebe Frau Celina, für Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen haben wir im Haushalt 5,2 Millionen Euro vorgesehen. Wir müssen die Frauen unterstützen, und das tun wir gerne. Wir unterstützen beispielsweise die Kommunen bei den Personalkosten, aber die Kommunen müssen auch etwas tun. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der wir uns alle stellen müssen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Das ist doch unstrittig!)

Die Integration ist eines der größten Zukunftsthemen für die nächsten Jahre. Wir waren uns auch hier im Hohen Haus einig darüber, dass Integration gelingen muss, damit der Zusammenhalt und der soziale Friede in unserer Gesellschaft erhalten bleiben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Mit dem Bayerischen Integrationsgesetz geben wir Leitplanken vor und damit der Integration eine Richtung. Auch wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, es nicht verstehen wollen: Bayern tut viel für Integration, mehr als jedes andere Bundesland.

(Beifall bei der CSU)

Die Staatsregierung hat im Jahr 2016 mit ihrem Sonderprogramm insgesamt rund 550 Millionen Euro für Integrationsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Ich möchte noch einmal betonen, Herr Knoblauch: Die Mittel für Integration werden nicht gekürzt. Im Hinblick auf die Integration legen wir Wert darauf, dass alle Häuser ressortübergreifend eng zusammenarbeiten. Darum sieht der Gesamthaushalt für alle Häuser für das Jahr 2017 896,8 Millionen Euro und für das Jahr 2018 998,1 Millionen Euro vor. Das ist eine gewaltige Summe. Im Rahmen des Einzelplans 10 werden mehr als 80 Millionen Euro pro Jahr für die Integration zur Verfügung gestellt. Davon werden 19,2 Millionen Euro im Jahr 2017 und 13,7 Millionen Euro im Jahr 2018 in die berufliche Integration und in die Bildung fließen, damit die Menschen bei uns Arbeit finden. Wir wollen, dass die Menschen so schnell wie möglich ihren Lebensunterhalt verdienen können, um ihre Familien gut zu versorgen.

Die Ausgangslage auf dem Arbeitsmarkt ist gut. Im Jahr 2015 haben wir mit der bayerischen Wirtschaft und der Arbeitsverwaltung die Vereinbarung "Integration durch Ausbildung und Arbeit" für Praktika, Ausbildungen und Arbeitsstellen geschlossen. Bis 2019 sollen in diesem Rahmen 60.000 Menschen in Arbeit integriert werden. Die Zwischenbilanz im September hat gezeigt, dass mittlerweile schon 40.000 Flüchtlinge ein Praktikum, einen Ausbildungs- oder einen Arbeitsplatz haben. Ich finde, das ist eine gewaltige Leistung. Ich bin unseren Unternehmen, der Wirtschaft und allen Beteiligten sehr dankbar.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir unterstützen die Integration in den Arbeitsmarkt zusätzlich, indem wir Sprachkurse im Rahmen des IdA-Projekts finanzieren. Wir setzen Jobbegleiter ein. Wir finanzieren Ausbildungsakquisiteure. Wir finanzieren ebenfalls arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit. Außerdem wollen wir einen fließenden Übergang von der Asylsozialberatung zur Migrationsberatung schaffen. Die Trennung dieser Bereiche ist in der Praxis inzwischen lebensfremd geworden. Wichtig ist, die Menschen beim Integrationsprozess zu begleiten. Wir haben die Mittel für die Asylsozialberatung seit dem Jahr 2011 mehr als versechsfacht. Mit Blick auf die steigende Zahl der Anerkannten brauchen wir eine bedarfsgerechte Mittelverteilung und vor allem eine praxisgerechte Verzahnung mit der Migrationsberatung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiterer wichtiger Schwerpunkt ist die Extremismusprävention. Was machen wir? – Wir betreiben Prävention gegen Salafismus, Radikalismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus. Wir schaffen ein schlagkräftiges Netzwerk mit allen Akteuren bei uns in den Kommunen vor Ort. Salafisten dürfen sich nicht als die besseren Sozialarbeiter profilieren. Insgesamt stellen wir für diese Präventionsmaßnahmen pro Jahr rund 1,6 Millionen Euro bereit.

Ein weiteres Schwerpunktthema sind Menschen mit Behinderung. Wir in Bayern stellen im Doppelhaushalt insgesamt über 675 Millionen Euro für Menschen mit Behinderung zur Verfügung. Das ist eine gewaltige Steigerung. Vorhin ist das neue Teilblindengeld angesprochen worden. Dafür stellen wir zusätzlich 12 Millionen Euro im Jahr 2018 in den Haushalt ein. Derzeit investieren wir 80,5 Millionen Euro in das Blindengeld. Mit den zusätzlichen 12 Millionen Euro werden wir im Jahr 2018 insgesamt 92,5 Millionen Euro für das Blindengeld bereitstellen.

(Beifall bei der CSU)

Zur Barrierefreiheit möchte ich einen einzigen Satz sagen: Wir investieren im Rahmen des Doppelhaushalts 235 Millionen Euro, um die Barrierefreiheit und die Inklusion in Bayern mit Nachdruck voranzutreiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen auch viel Geld für freiwillige Leistungen in die Hand. Für Maßnahmen für ältere Menschen gibt es eine Aufstockung auf 3 Millionen Euro, insbesondere zur Förderung des Marktplatzes der Generationen und neuer Betreuungs- und Wohnangebote. Mit zusätzlichen 2 Millionen Euro für die Jugendarbeit nehmen wir beispielsweise Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund verstärkt in den Blick. Mit insgesamt über 29 Millionen Euro pro Jahr erreicht die Förderung der Jugendarbeit einen neuen Höchststand. Das ist eine gewaltige Leistung, die wir erbracht haben. Die Jugendverbände freuen sich darüber sehr.

(Beifall bei der CSU)

Ich will noch drei weitere wichtige Beispiele herausgreifen. Dazu zählt das Ehrenamt. In Bayern engagieren sich 47 % der Bevölkerung über 14 Jahre ehrenamtlich. Wir sagen zu Recht, dass das Ehrenamt der Kitt in unserer Gesellschaft ist. Täglich sehen wir bei der Versorgung von Flüchtlingen, bei der Integrationsarbeit und in vielen anderen Bereichen, wie wichtig das Ehrenamt für unsere Gesellschaft ist. Wir wollen die Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, gezielt unterstützen und ihre Arbeit anerkennen. Daher werden wir für Inhaber einer Ehrenamtskarte weitere Vergünstigungen schaffen. Ab dem Jahr 2017 werden sie freien Eintritt in alle staatlichen Schlösser bekommen. Das ist eine tolle Anerkennung.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Dr. Fahn, heute führt Augsburg die Ehrenamtskarte ein. Das Gleiche würde ich von der Landeshauptstadt München erwarten. In diesem Punkt stimme ich mit Ihnen absolut überein.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden mit der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern kleine und innovative Projekte von Ehrenamtlichen besser und unbürokratisch fördern können. Für die Stiftung werden wir im Jahr 2018 2,5 Millionen Euro einstellen. Es handelt sich um eine Ver-

brauchsstiftung. Diese Stiftung speist sich nicht aus ihren Zinsen. Der Innovationspreis Ehrenamt wird fortgeführt. Das ist ein richtiger Ansatz. Ich bin all denen dankbar, die sich in den letzten Jahren dafür eingesetzt haben. Insgesamt wollen wir die Mittel für das Ehrenamt im Jahr 2017 um 1,1 Millionen Euro und im Jahr 2018 um 3,7 Millionen Euro erhöhen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern steht heute sehr gut da. Bayern geht es wirtschaftlich sehr gut. Wir haben in weiten Teilen Bayerns praktisch Vollbeschäftigung. Wir haben die Jugendarbeitslosigkeit besiegt. In Bayern sind weniger Menschen auf Grundsicherung angewiesen als in anderen Ländern. Wir wollen, dass alle Menschen im Freistaat von guten Lebensbedingungen profitieren und an unserer Gesellschaft teilhaben. Mit dem vorliegenden Sozialhaushalt sind wir dafür gut aufgestellt und gerüstet. Ich bitte um Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Staatsministerin, uns liegen noch drei Meldungen für Zwischenbemerkungen vor. Zuerst erteile ich Frau Kollegin Osgyan das Wort. Bitte sehr, Frau Osgyan.

Verena Osgyan (GRÜNE): Frau Ministerin, ich möchte Sie noch einmal auf die Frauenhäuser und die Frauennotrufe ansprechen. Hierzu haben wir einen Antrag gestellt, der sich auf die Bedarfsermittlungsstudie bezieht, die von Ihrem Haus vorgelegt wurde. In der Studie kommt ganz klar zum Ausdruck, dass die Hälfte der Frauen, die in Not sind, von Frauenhäusern abgewiesen werden müssen, weil nicht genug Plätze vorhanden sind. Die meisten Frauen können auch nicht andernorts weitervermittelt werden. Das bedeutet, der Bedarf ist enorm. In diesem Fall hilft auch der proaktive Ansatz nichts, der an sich sehr gut ist. Im Falle häuslicher Gewalt wird der Frau dabei in der Polizeidienststelle gesagt, wohin sie sich wenden kann. Das hilft ihr jedoch nicht, wenn sie anschließend keinen Platz bekommt.

Ich darf Ihnen dazu ein Erlebnis aus meinem Leben erzählen. Als ich noch eine ganz junge Frau war, habe ich in meinem Vorgarten eine Frau aus der Nachbarschaft mit einem blauen Auge gefunden. Das war in der Nacht. Sie wusste nicht, wohin sie sich wenden soll. Ich habe sie nach langem Zureden zur Polizei begleitet. Leider weiß ich nicht, was aus ihr geworden ist. Heutzutage kann man solchen Frauen mit dem proaktiven Ansatz vielleicht weiterhelfen. Allerdings ist nicht klar, ob sie dann auch Plätze erhalten. Wenn man so etwas einmal miterlebt hat, weiß man, dass es um Schicksale und existenzielle Notlagen geht.

Ich habe kein Verständnis dafür, dass der Freistaat, obwohl der Bedarf klar auf der Hand liegt, eine Aufstockung der Mittel um 35 % verweigert. Damit würde der Freistaat seinen Beitrag leisten. Die Kommunen müssten dann noch einen entsprechenden Beitrag drauflegen. Jetzt wird diese notwendige Investition weitergeschoben. Ein Arbeitskreis wird gebildet, und dann schaut man einmal, was dabei herauskommt.

Der Bedarf ist doch klar! Notlagen sind klar! Hier geht es nicht um lapidare Vorkommnisse. Warum handeln wir nicht jetzt, wo der Haushalt auf dem Tisch liegt? Jetzt bestünde die Möglichkeit aufzustocken. Hier geht es um 1,2 Millionen Euro. Wenn wir uns die Gesamtherausforderungen betrachten, ist dies wirklich kein großer Betrag. Sie hätten jetzt handeln können. Was gedenken Sie zu tun, damit dieses Problem nicht über Jahre hinweg auf die lange Bank geschoben wird?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Unruhe)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann ja verstehen, dass Sie vor den Weihnachtsferien noch einen großen Redebedarf haben. Wenn Sie sich noch unterhalten wollen, gehen Sie doch bitte hinaus. Wir sehen hier oben mindestens 20 Paare von Kolleginnen und Kollegen in allen Bänken, die permanent am Reden sind. Ich verstehe es, dass man gerne noch durch die Gänge gehen und hier und dort etwas sagen möchte. Hier geht das aber nicht. Das tut den Rednerinnen und Rednern hier vorne auch nicht gut. Ich bitte Sie um mehr Ruhe. Wenn Sie

sich noch gepflegt und nett unterhalten wollen, tun Sie das bitte draußen. Danke schön. – Frau Staatsministerin, jetzt sind Sie dran.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Frau Osgyan, ich möchte mich für Ihren engagierten Beitrag bedanken. Ich bedanke mich vor allem dafür, dass Sie gesagt haben, dass der proaktive Ansatz gut sei. Ich sehe das auch so. Wir haben einen Handlungsbedarf. Das ist gar keine Frage. Deswegen sind wir gerade dabei, mit den Kommunen ein Gesamtkonzept zu erstellen.

Sie dürfen mir glauben, dass das auch mir ein Anliegen ist. Nicht nur Sie kennen derartige Fälle, sondern auch ich. In meiner unmittelbaren Bekanntschaft habe ich einen Fall erlebt, der sehr tragisch ausgegangen ist. Die Kinder mussten dabei zusehen, wie der Vater die Mutter ganz furchtbar behandelt hat. Das ist ein tiefgreifendes Erlebnis, das ich Kindern gerne ersparen möchte.

(Beifall bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Und?)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Frau Dr. Strohmayer. Bitte schön.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Ich habe auch noch eine Nachfrage zu diesem Thema. Frau Ministerin, Sie haben viele Themen genannt und dabei immer von "gewaltigen Leistungen" gesprochen. Gerade beim Thema Frauenhaus kann ich keine gewaltige Leistung erkennen. In diesem Haushalt haben Sie für die 40 Frauenhäuser gerade einmal 200.000 Euro zur Verfügung gestellt. Das ist doch viel zu wenig! Wir haben beantragt, diesen Ansatz mindestens zu verdoppeln, obwohl selbst diese Summe nicht reichen würde, wenn die Plätze ausgebaut würden.

Ich verstehe es nicht: Wir haben über zehn Jahre lang diesen Ansatz nicht ausgebaut. Seit über zehn Jahren wissen wir, dass es für die Frauenhäuser in Bayern einen massiven Bedarf gibt. Die Frauenhäuser in Bayern werden zu weniger als 10 % vom Staat finanziert. Das muss man sich einmal vorstellen. Gleichzeitig macht der Staat den

Frauenhäusern eine ganze Reihe von Vorgaben, was sie alles leisten müssen. So kann es nicht weitergehen. Wir hätten bei diesem Haushalt mehr tun müssen. Ich bitte Sie dringend, noch nachzubessern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der zweite Teil meiner Zwischenbemerkung richtet sich gegen das, was Sie zu den Kitas gesagt haben. Sie haben gesagt, die sozialdemokratisch regierten Städte leisten in diesem Bereich zu wenig. Dagegen verwahre ich mich ausdrücklich. Das möchte ich auch im Namen der sozialdemokratischen Bürgermeister sagen.

(Beifall bei der SPD)

Die sozialdemokratischen Bürgermeister haben schon Kitas aufgebaut, als es dafür noch keine staatliche Finanzierung gegeben hat.

(Beifall bei der SPD)

Sofern bei den Kitas noch Plätze fehlen, ist es oft so, dass keine Erzieherinnen gefunden werden. Warum werden keine Erzieherinnen gefunden? – Weil Sie mit den kindbezogenen Förderungen die Bedingungen in den Berufen für Erzieherinnen so verschlechtert haben, dass niemand mehr diesen Beruf ergreifen möchte. Das sind doch die wahren Gründe. Ich bitte Sie dringend, hier noch nachzubessern.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Was die Frauenhäuser anbelangt, habe ich vorher eine ausreichende Antwort gegeben.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich habe gesagt, dass wir den proaktiven Ansatz mit 200.000 Euro fördern. Derzeit erstellen wir zusammen mit den Kommunen das Gesamtkonzept. Bezüglich der Perso-

nalkosten fördern wir die Frauenhäuser. Das ist gar keine Frage. Mit dem Gesamtkonzept wollen wir Verbesserungen herbeiführen. Das kann ich hier in aller Deutlichkeit sagen.

Die Zahl der pädagogischen Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen ist seit dem Jahr 2006 von 23.800 auf 46.300 gesteigert worden. Wir wissen selbst, dass dies nicht einfach ist. Deshalb fördern wir auch Quereinsteigerinnen, damit sie sich in der Erziehung engagieren können.

Diese 20.000 Plätze, die von Ihrer Seite immer in den Raum gestellt werden, sind eine gegriffene Zahl, die so nicht belegt werden kann. Wir haben für jedes Kind ab dem ersten Jahr einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz. Ich sehe hier keine Probleme. Im ländlichen Raum haben wir sogar eine Überversorgung. Die Sättigung ist längst erreicht. Das zeigt sich daran, dass von den im Dritten Sonderinvestitionsprogramm eingesetzten 87 Millionen Euro nur etwa die Hälfte abgerufen worden sind. Entweder besteht vonseiten der Kommunen kein Bedarf oder kein Interesse. Das ist die derzeitige Ausgangslage.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. – Jetzt hat sich noch Herr Kollege Dr. Fahn gemeldet. Bitte schön.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Ministerin, eine kurze Frage: Am 26. Februar 2016 besuchten wir zusammen eine Fachveranstaltung zur Weiterentwicklung des Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behinderungsrechtskonvention in Bayern. Diese Veranstaltung fand in Milbertshofen statt. Die Kollegin Ruth Waldmann war auch dabei. Das war eine sehr gute Veranstaltung. Seit dieser Zeit habe ich aber von Ihnen nichts mehr gehört. Damals hieß es, wir würden die ganzen Infos per E-Mail bekommen. Frau Ministerin, haben wir da etwas verpasst? Oder geben Sie uns heute bekannt, wie diese wichtige Sache weitergeführt wird?

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Frau Ministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Dieser Aktionsplan wird gemeinsam mit den Verbänden fortgeschrieben. Wir haben sehr intensiv daran gearbeitet, das Bundesteilhabegesetz in trockene Tücher zu bekommen. Auf die bayerische Initiative ist es zurückzuführen, dass wir so viel verändern und verbessern konnten. Der Ministerpräsident selbst hat sich dafür eingesetzt, dass wir heute unseren behinderten Menschen sagen können: Es ist ein absolut positives Gesetz, das noch am Freitag im Bundesrat verabschiedet wird.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018, Einzelplan 10, sowie die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13591 und 17/14654, 17/13425 mit 17/13456, 17/13565 mit 17/13588 sowie 17/13502 mit 17/13516 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14640 zugrunde.

Zunächst führen wir die bereits zu Beginn der Beratung angekündigten vier namentlichen Abstimmungen zu den Änderungsanträgen der SPD-Fraktion und der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN durch.

Ich beginne mit dem Änderungsantrag der SPD auf der Drucksache 17/13428 betreffend "Förderung von Maßnahmen zur Durchführung der Insolvenzordnung". Der federführende Ausschuss empfiehlt die Ablehnung dieses Änderungsantrags. Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stegnografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür ste-

hen bei dieser ersten Abstimmung fünf Minuten zur Verfügung. Später machen wir es kürzer. Bitte schön.

(Namentliche Abstimmung von 13.28 bis 13.33 Uhr)

So, noch eine gute halbe Minute. Vielleicht nehmen Sie schon wieder die Plätze ein, damit wir gleich mit der nächsten Abstimmung fortfahren können. Bitte, nehmen Sie die Plätze wieder ein, alle, bitte! – Die Abstimmung ist geschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Wenn es wieder ruhig im Saal ist, kann ich die nächste Abstimmung durchführen.

(Unruhe)

Bitte, setzen Sie sich hin, damit wir weiter abstimmen können. – Das kann doch nicht wahr sein.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag auf Drucksache 17/13445 durch, ebenfalls von der SPD-Fraktion, betreffend "Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder". Der federführende Ausschuss empfiehlt auch hier die Ablehnung. Die Urnen sind wieder bereitgestellt. Sie können mit der Stimmabgabe beginnen. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 13.34 bis 13.37 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen.

Es folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER betreffend "Haushaltstitel für die LandesSeniorenVertretung Bayern e.V. schaffen" auf Drucksache 17/13576.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Der federführende Ausschuss empfiehlt die Ablehnung. Die Urnen sind wieder bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Wieder drei Minuten Zeit!– Noch eine halbe Minute.

(Namentliche Abstimmung von 13.38 bis 13.41 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Bitte nehmen Sie die Plätze wieder ein. – Jetzt lasse ich noch über Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Förderung der Insolvenzberatung verbessern" auf Drucksache 17/13503 abstimmen. Der federführende Ausschuss empfiehlt auch hier die Ablehnung. Die Urnen sind bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 13.42 bis 13.45 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Bitte nehmen Sie die Plätze wieder ein, damit wir die nächste, einfache Abstimmung durchführen können. – Nun lasse ich über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Frauenhäuser und Notrufe in Bayern: Anpassung der Fördersätze zum Ausbau der Betreuungsplätze und Beratungskapazitäten", Drucksache 17/13512, in einfacher Form abstimmen. Der federführende Ausschuss empfiehlt auch hier die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen, bitte! – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Das sind die FREIEN WÄHLER. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt müssen wir auf die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen warten. Dafür unterbreche ich kurz die Sitzung.

(Unterbrechung von 13.46 bis 13.47 Uhr)

Ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe die Ergebnisse der vorher durchgeföhrten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Zunächst komme ich zum Änderungsantrag der SPD betreffend "Förderung von Maßnahmen zur Durchführung der Insolvenzordnung", Drucksache 17/13428: Mit Ja haben gestimmt 50, mit Nein haben gestimmt 84, Stimmenthaltungen: 15. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Zum Änderungsantrag der SPD betreffend "Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder", Drucksache 17/13445: Mit Ja haben gestimmt 49, mit Nein haben gestimmt 84, Stimmenthaltungen: 16. Der Änderungsantrag ist ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Zum Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Haushaltstitel für die LandesSeniorenVertretung Bayern e.V. schaffen", Drucksache 17/13576: Mit Ja haben gestimmt 50, mit Nein haben gestimmt 84, Stimmenthaltungen: 16. Auch dieser Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Zum Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Förderung der Insolvenzberatung verbessern", Drucksache 17/13503: Mit Ja haben gestimmt 51, mit Nein haben gestimmt 84, Stimmenthaltungen: 15. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 10. Der Abstimmung liegt der Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14640 genannten Änderungen zugrunde. Mit dem Änderungsantrag auf Drucksache 17/14654 soll der Haushaltsvermerk zu den Ausgaben des Kapitels 10 53 um einen neuen Titel 633 08 ergänzt werden. Des Weiteren soll dieser neue Leertitel 633 08 mit der Zweckbestimmung "Erstattungen an die Bezirke für Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer junger Volljähriger" und dem Haushaltsvermerk "Einseitig deckungsfähig zu Lasten 633 05. Die Erläuterungen sind verbindlich." ausgebracht werden. Der Titel erhält eine Erläuterung zu den Einzelheiten. Ich verweise auf die Drucksache 17/14654, die Ihnen mit den Plenarunterlagen übersandt wurde.

Wer dem Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen und den Änderungen des vorgenannten Änderungsantrags auf Drucksache 17/14654 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich in der gleichen Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen und den Änderungen des Änderungsantrags auf Drucksache 17/14654 angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 8)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist dies so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14640 und der vorgenannten Abstimmung weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13591 und 17/14654 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 10 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 15: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u. a. SPD; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Förderung von Maßnahmen zur Durchführung der Insolvenzordnung (Kap. 10 03 TG 73) (Drs. 17/13428)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Awanger Hubert			X
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißenwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther			X
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Gehring Thomas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			X
Dr. Goppel Thomas			X
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			X
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra			X
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid			X
Heike Jürgen W.			X
Herold Hans			X
Dr. Herrmann Florian			X
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes			X
Hölzl Florian			X
Hofmann Michael			X
Holetschek Klaus			X
Dr. Hopp Gerhard			X
Huber Erwin			X
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin			X
Huber Thomas			X
Dr. Hünnerkopf Otto			X
Huml Melanie			X
Imhof Hermann			X
Jörg Oliver			X
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela			X
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro			X
Knoblauch Günther		X	
König Alexander			X
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzele Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Büssinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten			X
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			X
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			X
Straub Karl			X
Streible Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			X
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			X
Tomaschko Peter			X
Trautner Carolina			
Unterländer Joachim			X
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen			X
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard			X
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul			X
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel			X
Widmann Jutta			X
Wild Margit			
Winter Georg			X
Winter Peter			X
Wittmann Mechthilde			X
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef			X
Zierer Benno			X

Gesamtsumme 50 84 15

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 15: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u. a. SPD; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder (Kap. 10 07 TG 82) (Drs. 17/13445)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gerlach Judith		X	
Aigner Ilse		X		Gibis Max		X	
Aiwanger Hubert			X	Glauber Thorsten			X
Arnold Horst	X			Dr. Goppel Thomas			X
Aures Inge	X			Gote Ulrike		X	
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			X
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X	Güll Martin		X	
Bauer Volker		X		Güller Harald		X	
Baumgärtner Jürgen				Guttenberger Petra			X
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Haderthauer Christine			X
Bause Margarete	X			Häusler Johann			X
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar		X	
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim			X
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig		X	
Blume Markus		X		Heckner Ingrid			X
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.			X
Brannekämper Robert		X		Herold Hans			X
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian			X
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold			X
Celina Kerstin	X			Hiersemann Alexandra		X	
Dettenhöfer Petra		X		Hintersberger Johannes			X
Dorow Alex		X		Hölzl Florian			X
Dünkel Norbert		X		Hofmann Michael			X
Dr. Dürr Sepp				Holetschek Klaus			X
Eck Gerhard		X		Dr. Hopp Gerhard			X
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huber Erwin			X
Eisenreich Georg				Dr. Huber Marcel			
Fackler Wolfgang		X		Dr. Huber Martin			X
Dr. Fahn Hans Jürgen			X	Huber Thomas			X
Fehlner Martina				Dr. Hünnerkopf Otto			X
Felbinger Günther			X	Huml Melanie			X
Flierl Alexander		X		Imhof Hermann			X
Dr. Förster Linus				Jörg Oliver			X
Freller Karl		X		Kamm Christine		X	
Füracker Albert				Kaniber Michaela			X
Ganserer Markus		X		Karl Annette		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Kirchner Sandro			X
Gehring Thomas		X		Knoblauch Günther			X
				König Alexander			X
				Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzele Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Büssinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten			X
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			X
Stierstorfer Sylvia			X
Stöttner Klaus			X
Straub Karl			X
Streible Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			X
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			X
Tomaschko Peter			X
Trautner Carolina			
Unterländer Joachim			X
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen			X
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard			X
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul			X
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel			X
Widmann Jutta			X
Wild Margit			
Winter Georg			X
Winter Peter			X
Wittmann Mechthilde			X
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef			X
Zierer Benno			X

Gesamtsumme 49 84 16

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 15: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Haushaltstitel für die LandesSeniorenVertretung Bayern e.V. schaffen (Kap. 10 07 neuer Tit. und Tit. 684 70) (Drs. 17/13576)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlinger Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith			X
Gibis Max			X
Glauber Thorsten		X	
Dr. Goppel Thomas			X
Gote Ulrike			
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra			X
Haderthauer Christine			X
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid			X
Heike Jürgen W.			X
Herold Hans			X
Dr. Herrmann Florian			X
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes			X
Hölzl Florian			X
Hofmann Michael			X
Holetschek Klaus			X
Dr. Hopp Gerhard			X
Huber Erwin			X
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin			X
Huber Thomas			X
Dr. Hünnerkopf Otto			X
Huml Melanie			X
Imhof Hermann			X
Jörg Oliver			X
Kamm Christine			
Kaniber Michaela			X
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro			X
Knoblauch Günther		X	
König Alexander			X
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzele Bernd		X		Schorer-Dremel Tanja		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X			Schreyer Kerstin		X	
Kraus Nikolaus	X			Schulze Katharina			X
Kreitmair Anton		X		Schuster Stefan			
Kreuzer Thomas		X		Schwab Thorsten		X	
Kühn Harald	X			Dr. Schwartz Harald		X	
Ländner Manfred		X		Seehofer Horst			
Lederer Otto		X		Seidenath Bernhard		X	
Leiner Ulrich			X	Sem Reserl			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X			Sengl Gisela			X
Lorenz Andreas		X		Sibler Bernd			X
Lotte Andreas	X			Dr. Söder Markus			
Dr. Magerl Christian			X	Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Merk Beate				Dr. Spaenle Ludwig			
Meyer Peter				Stachowitz Diana		X	
Mistol Jürgen			X	Stamm Barbara			
Müller Emilia		X		Stamm Claudia			X
Müller Ruth	X			Steinberger Rosi			
Mütze Thomas			X	Steiner Klaus		X	
Muthmann Alexander	X			Stierstorfer Sylvia		X	
Nussel Walter		X		Stöttner Klaus		X	
Osgyan Verena			X	Straub Karl		X	
Petersen Kathi	X			Streible Florian			
Pfaffmann Hans-Ulrich	X			Strobl Reinhold		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael				Ströbel Jürgen			X
Pohl Bernhard	X			Dr. Strohmayer Simone		X	
Pschierer Franz Josef		X		Stümpfig Martin			X
Dr. Rabenstein Christoph				Tasdelen Arif		X	
Radlmeier Helmut				Taubeneder Walter			X
Rauscher Doris	X			Tomaschko Peter			X
Dr. Reichhart Hans		X		Trautner Carolina			
Reiß Tobias		X		Unterländer Joachim			X
Dr. Rieger Franz		X		Dr. Vetter Karl			X
Rinderspacher Markus	X			Vogel Steffen			X
Ritt Hans		X		Waldmann Ruth			X
Ritter Florian	X			Prof. Dr. Waschler Gerhard			X
Roos Bernhard	X			Weidenbusch Ernst			
Rosenthal Georg	X			Weikert Angelika			
Rotter Eberhard		X		Dr. Wengert Paul			X
Rudrof Heinrich				Werner-Muggendorfer Johanna			
Rüth Berthold				Westphal Manuel			X
Sauter Alfred		X		Widmann Jutta			X
Schalk Andreas		X		Wild Margit			
Scharf Ulrike		X		Winter Georg			X
Scheuenstuhl Harry	X			Winter Peter			X
Schindler Franz	X			Wittmann Mechthilde			X
Schmidt Gabi				Woerlein Herbert			
Schmitt-Büssinger Helga	X			Zacharias Isabell		X	
Schöffel Martin		X		Zellmeier Josef			X
Schorer Angelika		X		Zierer Benno		X	
				Gesamtsumme	50	84	16

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 15: Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Förderung der Insolvenzberatung verbessern (Kap. 10 03 Tit. 684 73) (Drs. 17/13503)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			X
Dr. Goppel Thomas			X
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			X
Güll Martin	X		
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra			X
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian			X
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes			X
Hölzl Florian			X
Hofmann Michael			X
Holetschek Klaus			X
Dr. Hopp Gerhard			X
Huber Erwin			X
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin			X
Huber Thomas			X
Dr. Hünnerkopf Otto			X
Huml Melanie			X
Imhof Hermann			X
Jörg Oliver			X
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela			X
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro			X
Knoblauch Günther		X	
König Alexander			X
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzele Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Büssinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten			X
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			X
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			X
Straub Karl			X
Streible Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			X
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			X
Tomaschko Peter			X
Trautner Carolina			
Unterländer Joachim			X
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen			X
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard			X
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul			X
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel			X
Widmann Jutta			X
Wild Margit			
Winter Georg			X
Winter Peter			X
Wittmann Mechthilde			X
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef			X
Zierer Benno			X

Gesamtsumme 51 84 15

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 15

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 10

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltssatzung 2017/2018;
hier: Verbesserung der beruflichen Situation von Menschen mit einer psychischen Behinderung
(Kap. 10 03 Tit. 547 87)
Drs. 17/13425
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltssatzung 2017/2018;
hier: Betreuungsvereine
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 17/13426
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltssatzung 2017/2018;
hier: Förderprogramm „Fachstellen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit“
(Kap. 10 03 TG 72 neuer Tit.)
Drs. 17/13427
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltssatzung 2017/2018;
hier: Förderung von Maßnahmen zur Durchführung der Insolvenzordnung
(Kap. 10 03 TG 73)
Drs. 17/13428
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltssatzung 2017/2018;
hier: Öffentlichkeitsarbeit zur Unterstützung von Familien mit Kindern mit chronischen oder seltenen Erkrankungen oder Behinderung
(Kap. 10 05 Tit. 531 78)
Drs. 17/13429
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltssatzung 2017/2018;
hier: Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz der Teilzeitausbildung
(Kap. 10 05 TG 74)
Drs. 17/13430
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltssatzung 2017/2018;
hier: Aktionsplan UN-Behindertenrechtskonvention
(Kap. 10 05 neue TG)
Drs. 17/13431
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltssatzung 2017/2018;
hier: Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit
(Kap. 10 05 neue TG)
Drs. 17/13432
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltssatzung 2017/2018;
hier: Erhöhung der Landesmittel an Gemeinden und Gemeindeverbände für generationsübergreifende Einrichtungen (Mehrgenerationenhäuser)
(Kap. 10 07 Tit. 633 01)
Drs. 17/13433

- | | |
|--|--|
| <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Beste Bildung und Betreuung für unsere Jüngsten – Förderung langer Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen!
(Kap. 10 07 Tit. 633 88)
Drs. 17/13434</p> <p>11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse zur Förderung betreuter Frühstücksangebote an Grund- und Förderschulen
(Kap. 10 07 Tit. 684 05)
Drs. 17/13435</p> <p>12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie
Förderung von Familienstützpunkten
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 17/13436</p> <p>13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Linus Förster, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gründung einer Referentenstelle für interreligiösen Dialog beim Bayerischen Jugendring
(Kap. 10 07 Tit. 684 78)
Drs. 17/13437</p> <p>14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Linus Förster, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mittel für das Programm „Flüchtlinge werden Freunde“ des Bayerischen Jugendrings
(Kap. 10 07 TG 78 Tit. 684 78)
Drs. 17/13438</p> <p>15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Linus Förster, Arif Tasdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusätzliche Mittel für Vereine für Jugendliche mit Migrationshintergrund
(Kap. 10 07 Tit. 684 78)
Drs. 17/13439</p> | <p>16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für ältere Menschen
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 17/13440</p> <p>17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Andreas Lotte, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Der „Koordinationsstelle Wohnen im Alter“ die Ausbildung von ehrenamtlichen Wohnberatern ermöglichen
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 17/13441</p> <p>18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Linus Förster, Martina Fehlner u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mittel für den erzieherischen und gesetzlichen Jugendschutz
(Kap. 10 07 TG 76)
Drs. 17/13442</p> <p>19. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Linus Förster, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausgaben für die Jugendarbeit
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 17/13443</p> <p>20. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Mehrausgaben für Landeserziehungsgeld in Kita-Qualität investieren!
(Kap. 10 07 TG 80)
Drs. 17/13444</p> <p>21. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 17/13445</p> |
|--|--|

- | | |
|--|---|
| <p>22. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushalt 2017/2018;
hier: Investitionen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 17/13446</p> <p>23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushalt 2017/2018;
hier: Verbesserung der Qualität in Kindertageseinrichtungen jetzt – für beste Bildung, Betreuung und Erziehung von Anfang an
(Kap. 10 07 TG 88 – 93)
Drs. 17/13447</p> <p>24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushalt 2017/2018;
hier: LandesSeniorenVertretung Bayern (LSVB)
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 17/13448</p> <p>25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushalt 2017/2018;
hier: Förderung der Politik für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle (LSBTI*)
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 17/13449</p> <p>26. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushalt 2017/2018;
hier: LandesAktionsplan gegen Homo- und Transphobie
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 17/13450</p> <p>27. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushalt 2017/2018;
hier: Ausbau der Migrationsberatungsstellen in Bayern
(Kap. 10 50 Tit. 684 52)
Drs. 17/13451</p> | <p>28. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushalt 2017/2018;
hier: Institutionelle Förderung einer Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer- und Migrationsbeiräte Bayerns (AGABY)
(Kap. 10 50 neuer Tit.)
Drs. 17/13452</p> <p>29. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushalt 2017/2018;
hier: Verstärkung der Förderung der Integrationsarbeit der IG-InitiativGruppe – Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V.
(Kap. 10 50 neuer Tit.)
Drs. 17/13453</p> <p>30. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushalt 2017/2018;
hier: Hauptamtliche Koordinatorenstellen für Asylhelperarbeit flächendeckend ausbauen
(Kap. 10 53 Tit. 633 62)
Drs. 17/13454</p> <p>31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushalt 2017/2018;
hier: Zuschüsse zur Förderung der Asylsozialberatung
(Kap. 10 53 Tit. 684 61)
Drs. 17/13455</p> <p>32. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushalt 2017/2018;
hier: Deutschkurse für Asylbewerber und sonstige Ausländer
(Kap. 10 53 Tit. 684 62)
Drs. 17/13456</p> <p>33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushalt 2017/2018;
hier: Ehrenamtliche Betreuung stärken – Betreuungsvereine in Bayern besser fördern
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 17/13502</p> |
|--|---|

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltssatzung 2017/2018;
hier: Förderung der Insolvenzberatung verbessern
(Kap. 10 03 Tit. 684 73)
Drs. 17/13503
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltssatzung 2017/2018;
hier: Flankierende Maßnahmen zur Umsetzung von Bayern barrierefrei 2023
(Kap. 10 05 Tit. 547 84)
Drs. 17/13504
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltssatzung 2017/2018
hier: Landesbehindertenplan – Angebote für ältere Menschen mit Behinderung und Zuschüsse für Investitionen
(Kap. 10 05 Tit. 78 – 79)
Drs. 17/13505
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltssatzung 2017/2018;
hier: Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ausbauen – Zivilgesellschaft stärken
(Kap. 10 07 TG 61)
Drs. 17/13506
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltssatzung 2017/2018;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung Förderung langer Öffnungszeiten fortsetzen
(Kap. 10 07 Tit. 633 88)
Drs. 17/13507
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltssatzung 2017/2018;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung – Mindestanstellungsschlüssel anheben und Gewichtungsfaktor für Kinder unter drei Jahren verbessern
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 17/13508
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltssatzung 2017/2018;
hier: Beitragsentlastung für Eltern von Kindern im ersten Kindergartenjahr
(Kap. 10 07 Tit. 633 91)
Drs. 17/13509
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltssatzung 2017/2018;
hier: Landeserziehungsgeld abschaffen
(Kap. 10 07 Tit. 681 80)
Drs. 17/13510
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltssatzung 2017/2018;
hier: Betreuungsgeld abschaffen
(Kap. 10 07 Tit. 681 01)
Drs. 17/13511
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltssatzung 2017/2018;
hier: Frauenhäuser und Notrufe in Bayern:
Anpassung der Fördersätze zum Ausbau der Betreuungsplätze und Beratungskapazitäten
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 17/13512
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltssatzung 2017/2018;
hier: Jugendsozialarbeit an Schulen ausbauen
(Kap. 10 07 TG 74)
Drs. 17/13513

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausgaben für Jugendarbeit erhöhen
Politische Bildung stärken
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 17/13514
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Asylsozialberatung aufstocken
(Kap. 10 53 Tit. 684 61)
Drs. 17/13515
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sprachkurse in ganz Bayern sicherstellen
(Kap. 10 53 Tit. 684 62)
Drs. 17/13516
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Rechtliche Beratung für Jugendverbände verbessern
(Kap. 10 01 Tit. 422 01)
Drs. 17/13565
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bayerisches Blindengeld auch für hochgradig sehbehinderte Menschen in Bayern einführen
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 17/13566
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse an Verbände, Vereine u.a. zur Durchführung ihrer Aufgaben beim Vollzug des Betreuungsgesetzes
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 17/13567
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Wohnungslosenhilfe in Bayern
(Kap. 10 03 Tit. 684 72)
Drs. 17/13568
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zusammenführung von Insolvenz- und Schuldnerberatung finanziell ermöglichen
(Kap. 10 03 TG 73)
Drs. 17/13569
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der Teilzeitberufsausbildung
(Kap. 10 05 Tit. 684 74)
Drs. 17/13570
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: LAG Werkstattträte in Bayern
(Kap. 10 05 TG 78 – 79 neuer Tit.)
Drs. 17/13571
55. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinn des § 96 Bundesvertriebenengesetzes
(Kap. 10 06 Tit. 686 01)
Drs. 17/13572
56. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für generationsübergreifende Einrichtungen – Förderung der bayerischen Mehrgenerationenhäuser
(Kap. 10 07 Tit. 633 01)
Drs. 17/13573

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Fortführung der Bayerischen Ehrenamtskarte
(Kap. 10 07 Tit. 633 85)
Drs. 17/13574
58. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Qualitätsverbesserung in Kindertageseinrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 17/13575
59. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Haushaltstitel für die LandesSeniorenVertretung Bayern e.V. schaffen
(Kap. 10 07 neuer Tit. und Tit. 684 70)
Drs. 17/13576
60. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für ältere Menschen
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 17/13577
61. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Netzwerk Familienpaten Bayern
(Kap. 10 07 TG 73 neuer Tit.)
Drs. 17/13578
62. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Hilfe für Opfer von Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 17/13579
63. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (LNBE)
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 17/13580
64. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Einführung einer staatlichen Sockelfinanzierung für Kindertageseinrichtungen
(Kap. 10 07 TG 88 – 93 neuer Tit.)
Drs. 17/13581
65. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Integration von Zuwanderern
(Kap. 10 50 Tit. 633 52)
Drs. 17/13582
66. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Integration von dauerhaft und rechtmäßig in Bayern lebenden Zuwanderern
(Kap. 10 50 Tit. 684 52)
Drs. 17/13583
67. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausbau der Integrationsberatung von anerkannten und geduldeten Asylbewerbern
(Kap. 10 50 Tit. 684 52)
Drs. 17/13584
68. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ehrenamtskoordinatoren flächendeckend gewährleisten
(Kap. 10 53 Tit. 633 62)
Drs. 17/13585

69. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erstorientierung, Sprachkurse und Werte-vermittlung
(Kap. 10 53 Tit. 684 62)

Drs. 17/13586

70. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erstattungen an die Bezirke für Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer unbegleiteter Volljähriger
(Kap. 10 53 neuer Tit.)

Drs. 17/13587

71. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bayernweite Umsetzung des Projekts computergestütztes Lernen nach dem „Tölzer Modell“
(Kap. 10 53 neuer Tit.)

Drs. 17/13588